

Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik

1. Einleitung
2. Forschungsstand
3. Begriffsklärungen
4. Die frühe Opposition
5. Opposition in den sechziger und siebziger Jahren
6. Opposition in den achtziger Jahren
7. Die Ausreisewilligen – DDR-Opposition oder bloß eine „Absetzbewegung in den Westen“?
8. Einordnung der Opposition
9. Abschlußthesen

1. *Einleitung*

Im „operativen“ Sprachgebrauch des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nannte man sie „PUT“ – „politische Untergrundtätigkeit“. Gemeint waren oppositionelle Bestrebungen im politischen System der DDR, ein Phänomen, das nach offiziellen Verlautbarungen und im Selbstverständnis der ostdeutschen Kommunisten nur ein Phantom sein konnte. „Für PUT gibt es in der DDR seit dem Sieg der Grundlagen des Sozialismus keine sozialökonomischen Wurzeln. Der Klassenantagonismus im Innern ist überwunden, die Arbeiterklasse übt im Bündnis mit den anderen Klassen und Schichten die politische Macht aus, und die sozialistische Ideologie wurde zur herrschenden“¹, heißt es dazu lapidar in einer an der „Juristischen Hochschule Potsdam“ (JHP) angefertigten Dissertation. Opposition hatte mit der vermeintlich überwundenen Klassengesellschaft keine Berechtigung mehr und wurde – in welcher Form auch immer – nicht geduldet, galt als Häresie.

Entsprechend zielgerichtet ging die SED beim Aufbau ihrer Herrschaft vor: Den frühen innerparteilichen Säuberungen nach dem Zwangszusammenschluß der KPD mit der SPD 1946 folgten weitere Parteiverfahren bis

1 Werner Grabsch u. a., Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung. Diss., Potsdam 1988, S. 246.

in die späten fünfziger Jahre hinein. Oppositionelle Kräfte in den Block-Parteien – tatsächliche oder auch nur vermeintliche – waren bis Anfang der fünfziger Jahre eliminiert worden. Selbst jene Teile der Bevölkerung, für die die SED zu herrschen vorgab, Arbeiter und Bauern, mußten ihren Widerstand gegen die Politik der Staatspartei oftmals blutig büßen. Den größten Widerstand erfuhr die Staatsmacht von seiten der Kirchen, insbesondere der evangelischen. Ihn vollständig zu brechen, gelang ihr allerdings zu keiner Zeit. Der Mauerbau bedeutete eine Zäsur, die erhoffte Öffnung der DDR nach Westen mußte begraben werden.

Oppositionelle Kräfte vor allem unter den „bürgerlichen“ Schichten resignierten, zogen sich in Nischen zurück. Die „Republikflucht“ – ehemals Massenphänomen – geriet zur individuellen Protesthaltung, die von der SED mit strafrechtlichen Mitteln eingedämmt werden konnte. Unter den Bedingungen der Abschottung erlangten später andere oppositionelle Strömungen vornehmlich im intellektuellen Milieu zunehmend an Gewicht – und Aufmerksamkeit seitens des MfS. Im Zuge der innerdeutschen und internationalen Entspannungspolitik schöpften die deutlich intellektuell dominierten oppositionellen Kräfte Mut, gegen die Politik der SED (oder gegen bestimmte Aspekte dieser Politik) zu protestieren. Gleichwohl unterschieden sich ihre Motive, Artikulationsformen und Zielsetzungen vielfach von den oppositionellen Richtungen in den ersten zwei Jahrzehnten der SED-Herrschaft.

Im folgenden soll – nach einem die einschlägige Literatur einordnenden Überblick über den Forschungsstand – zunächst eine begriffliche Erfassung der verschiedenen Formen von Opposition in der DDR, sodann eine zeitliche Einordnung ihrer Aktivitäten versucht werden. Das Spektrum widerständigen Verhaltens ist breit und reichte von Total-Ablehnung des SED-Systems bis hin zu systemimmanenter Kritik im Kern durchaus SED-loyaler Intellektueller oder Parteigenossen. Veränderte sich der Handlungsspielraum oppositioneller Bestrebungen im Laufe der SED-Herrschaft infolge äußerer oder innerer Einwirkungen? Kam es zu einem Wandel des Erscheinungsbildes der Opposition, ihrer Träger und damit ihrer Motive und Ziele? Läßt sich ein Zusammenhang erkennen zwischen den Veränderungen – auch innerhalb – der DDR-Opposition und Umschwüngen in der SED-Herrschaft im Zeitraum von 1945 bis 1989?

Es schließt sich eine – keineswegs vollständige – Darstellung der frühen, das heißt im ersten Jahrzehnt der SED-Diktatur opponierenden Kräfte und Gruppierungen an. Schließlich geht es darum, die eher schwachen oppositionellen Bestrebungen in den sechziger und siebziger Jahren nachzuzeichnen. Die achtziger Jahre, zumal in der zweiten Hälfte, stellten das SED-Regime vor ganz andere Herausforderungen, denen es schließlich nicht mehr gewachsen war. Friedens-, Ökologie-, Bürgerrechts-, Frauen- und Ausreisegruppen machten sich bemerkbar, zunächst freilich eher zaghaft.

Die kommunistische Diktatur ist nicht nur durch die Opposition innerhalb der DDR zusammengebrochen, sondern auch durch jene, die ihr den Rücken kehrten. Zumal im Jahre 1989 bildete die Ausreisebewegung die Voraussetzung für die Demonstrationsbewegung. Insofern erscheint es legitim, in einer Art Einschub die Beweggründe jener Bevölkerungsteile zu erörtern, die dem SED-Staat auf mehr oder weniger dramatischen Wegen den Rücken kehrten bzw. bei dem Versuch scheiterten, die DDR zu verlassen. In den letzten Jahren der SED-Herrschaft fanden sie – nicht nur in den Reihen der übrigen Opposition, sondern auch bei manchen Westdeutschen – immer weniger Verständnis für ihr Tun. Solidarität mit den „Republikflüchtigen“, „Übersiedlern“ bzw. „Ausreisern“² war aus sehr unterschiedlichen Gründen außerhalb wie innerhalb der DDR umstritten. Die vielfältigen Oppositionsbewegungen im Jahre 1989/90 hatten bei aller Unterschiedlichkeit der Ziele eine Art „dritten Weg“ vor Augen. Die Aufgabe einer eigenständigen DDR stand nicht zur Debatte. Durch die sich überschlagende Entwicklung machte die bisherige, von der SED als illegitim angesehene Opposition binnen kurzem erneut zur Opposition, freilich unter gänzlich anderen Rahmenbedingungen – zu einer akzeptierten Opposition innerhalb eines parlamentarischen Systems.

Intention des Beitrages soll sein, unter dem Aspekt von Kontinuität und Wandel einen Überblick zu den verschiedenen oppositionellen Bestrebungen im Laufe von vier Jahrzehnten zu geben. Dabei zeichnen sich erstaunliche Veränderungen ebenso ab wie frappante Übereinstimmungen. Das gilt für die Aktionsformen und Zielsetzungen gleichermaßen. Dieser Aspekt bedarf abschließend einer systematischen Erörterung³.

2. Forschungsstand

Das Thema „Opposition“ war bis zum Schlüsseljahr 1989 – *annus mirabilis* für die einen, *annus horribilis* für die anderen – nahezu eine *terra incognita* für die DDR-Forschung. Das lag zum einen an dem Sachverhalt, daß die SED oppositionelle Regungen welcher Richtungen auch immer kriminalisierte und mundtot machte, zum anderen aber wohl auch daran, daß ein großer Teil der DDR-Forschung, zumal in den siebziger und achtziger Jahren, dieses Thema mehr oder weniger ignorierte. Oppositionelle Tendenzen in der DDR schienen die Ergebnisse der auf Friedenssicherung und Stabilität angelegten Entspannungspolitik zu gefährden. Insofern hatte man vielfach kein sonderliches Interesse daran, solche Bewegungen über Gebühr zu analysieren,

2 Vgl. zur Ausreiseproblematik den Tagungsbericht von Jan von Flocken, „Ausreiser oder Ausreißer?“, in: Das Parlament vom 22. April 1994; siehe grundsätzlich Dieter Voigt/Lothar Mertens (Hrsg.), Minderheiten und Übersiedler aus der DDR, Berlin 1992.

3 Der Verfasser bedankt sich bei seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern, Ralf Altenhof und Christa Hoffmann, für mannigfache Unterstützung bei diesem Beitrag.

zu beschreiben, zu charakterisieren und überhaupt auch nur zu dokumentieren.⁴ Dieses Manko muß als ein blinder Fleck der DDR-Forschung gelten⁵, wie auch die repressive Seite des DDR-Staatssozialismus eher randständig erfaßt wurde.

Gleichwohl lagen – auch vor 1989 – einige Studien zur Thematik vor. An erster Stelle ist eine Überblickstudie von Karl Wilhelm Fricke zu nennen. Sie stammt von einem Autor, der zugleich auch ein Standardwerk über jene Institution verfaßt hat, die sich der oppositionellen Tendenzen besonders annahm – der Staatssicherheit.⁶ Sein im Untertitel bescheiden als „politischer Report“ firmierender Band „Opposition und Widerstand in der DDR“⁷ aus dem Jahre 1984 liefert mit viel Gespür für Nuancen eine *Tour d'horizon* zu oppositionellen Bestrebungen in der kommunistischen Diktatur – von der sozialdemokratischen Opposition in den vierziger Jahren über „Opposition im Führungskern der SED“ in den fünfziger Jahren und vielfältige Proteste von Bauern gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft bis zu größtenteils von kirchlichen Kräften getragenen Aktivitäten in einer sich zaghaft herausbildenden Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre.

Zur „antistalinistischen Opposition gegen Ulbricht“ legte Martin Jänicke eine informative Studie vor, wobei der vom Autor gewählte Begriff des „dritten Weges“ die höchst unterschiedlichen Positionen mehr verdeckt als erhellt.⁸ Das Buch erschien 1964, in einem Jahr, in dem der sich als „Reformkommunist“ verstehende Robert Havemann seinen Lehrstuhl verlor und aus der SED ausgeschlossen wurde. Die Rolle von Havemann, bis zu seinem Tod 1982 wohl der berühmteste Dissident der DDR, ist vielfach beschrieben worden, etwa von Dieter Knötzsch, der ihn als Exempel einer „innerkommunistischen Opposition“ titulierte.⁹ Die Charakterisierung „demokratischer Kommunist“ war verbreitet, als handle es sich nicht um eine *contradiction in adjecto*.

4 Zu den Ausnahmen gehören u. a. Günter Minnerup, Politische Opposition in der DDR vor dem Hintergrund der Reformdiskussion in Osteuropa, in: Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Hrsg.), Die DDR im 40. Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven. 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, Köln 1989, S. 66–74; Dietrich Staritz, Die SED und die Opposition, in: Ilse Spittmann (Hrsg.), Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987, S. 78–97; Hermann Weber/Manfred Koch, Opposition in der DDR, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), DDR, Stuttgart 1983, S. 132–140.

5 Vgl. die Position des Verfassers: Die politikwissenschaftliche DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Peter Eisenmann/Gerhard Hirscher (Hrsg.), Dem Zeitgeist geopfert. Die DDR in Wissenschaft, Publizistik und politischer Bildung, Mainz/München 1992, S. 13–58.

6 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung – Strukturen – Aktionsfelder, 3. Aufl., Köln 1989, siehe auch ders., Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1979.

7 Vgl. ders., Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984.

8 Vgl. Martin Jänicke, Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964.

9 Vgl. Dieter Knötzsch, Innerkommunistische Opposition. Das Beispiel Robert Havemann, Opladen 1968. Siehe auch: Robert Havemann, Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation, hrsg. von Manfred Wilke, Reinbek bei Hamburg 1978; Hartmut Jäckel (Hrsg.), Ein Marxist in der DDR. Für Robert Havemann, München 1990.

Über die ersten Ansätze einer sich nur teilweise als oppositionell verstehenden Friedensbewegung in den achtziger Jahren ist zunächst nur wenig berichtet worden. Zu den authentischsten Arbeiten gehören dabei die stark dokumentarisch angelegten, jeweils 1982 erschienenen Schriften von Wolfgang Büscher/Peter Wensierski/Klaus Wolschner sowie von Klaus Ehring/Martin Dallwitz.¹⁰ Der von Ferdinand Kroh herausgegebene und 1988 verlegte Band versammelt Beiträge von Dissidenten, die der DDR mehr (weniger!) oder weniger (mehr!) freiwillig den Rücken gekehrt hatten. Diese lassen die sich entwickelnden Initiativen Revue passieren.¹¹

Einer der 1988 ausgewiesenen Oppositionellen, der als Gründungsmitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ zum „harten Kern“ gehörte, Wolfgang Templin, kritisierte noch vor den protuberanzenhaft ausbrechenden Ereignissen im „deutschen Herbst 1989“ die Hilflosigkeit der westdeutschen Linken gegenüber den oppositionellen Bewegungen in der DDR. Er bezieht sich dabei auf unorthodoxe Strömungen wie auf Sozialdemokraten. Die erste Richtung habe die oppositionellen Kräfte als „bürgerlich“ denunziert. „Mit der einfachen Formel von den politischen Defiziten, die aus der Konfrontations- und Umklammerungssituation gegenüber der Bundesrepublik entstanden seien, denen aber soziale Sicherheit und wirtschaftliches Volkseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln als positives Element gegenüberstünden, verbaute man sich den Zugang zur tatsächlichen Realität.“¹² Die zweite Richtung – die sozialdemokratische Linke – sei ebenfalls auf deutliche Distanz zu den Bürgerbewegungen gegangen, u. a. auch deshalb, weil die Parteien des real existierenden Sozialismus als Dialogpartner bequemer waren. Sie „entsprachen dem eigenen politischen Stil unter Umständen viel mehr als die Oppositionsbewegung mit ihren ungeordnet basisdemokratischen Emanzipationsbegehren.“¹³ Templin hatte damit einige unangenehme Wahrheiten zur Sprache gebracht, wiewohl er selbst wenig realistisch die Stärke der Bürgerbewegungen einschätzte. Die Kritik Templins an der politischen Linken läßt sich zu gewissen Teilen auch auf die politikwissenschaftliche DDR-Forschung und die Publizistik übertragen.

Die „Wende“ des Herbstes 1989, der schnell das Ende der DDR folgte, änderte das Bild grundlegend. Publikationen schossen wie Pilze aus dem Boden; allerdings verbürgte die Quantität nicht notwendigerweise Qualität.¹⁴ Eine

10 Vgl. Klaus Ehring/Martin Dallwitz, *Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR*. Reinbek bei Hamburg 1982; Wolfgang Büscher/Peter Wensierski/Klaus Wolschner, *Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982*, Hattungen 1982.

11 Vgl. Ferdinand Kroh (Hrsg.), *„Freiheit ist immer Freiheit ...“ Die Andersdenkenden in der DDR*, Frankfurt a.M./Berlin 1988.

12 Wolfgang Templin, *Die Emanzipation der DDR und die hilflose westdeutsche Linke*, in: Helga Grebing/Peter Brandt/Ulrich Schulze-Marmeling (Hrsg.), *Sozialismus in Europa – Bilanz und Perspektiven*. Festschrift für Willy Brandt, Essen 1989, S. 165.

13 Ebd., S. 165.

14 Vgl. etwa die Sammelbesprechung des Verfassers: *Oppositionelle in der DDR. Gestern Widerstand, heute Opposition*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 21 (1990), S. 137–146.

Reihe von Schnellschüssen überschwemmte den Buchmarkt, ohne sonderlich neue Erkenntnisse zu vermitteln.¹⁵ Angesichts der sich überschlagenden Ereignisse konnte das auch gar nicht anders sein.

Später wurde in tiefschürfenden Beiträgen der verschlungenen Geschichte der Bürgerbewegungen nachgespürt. Das gilt etwa für den edierten Band von Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgoths ebenso wie für das Werk unter der Herausgeberschaft von Gerda Haufe/Karl Bruckmeier.¹⁶ Beide Studien zeichnen sich dadurch aus, daß ihre Autoren wohl eine unzureichende Distanz zur (einstigen) Opposition erkennen lassen. Das überrascht nicht, da viele Autoren die Bewegungen direkt oder indirekt mitgetragen haben. Stärkere Skepsis gegenüber dem demokratiethoretischen Standort dieser Gruppierungen mit ihrem teils unausgegorenem basisdemokratischen Verständnis meldet Uwe Thaysen in seiner Studie über den zentralen „Runden Tisch“ an, ebenso Lothar Probst in einer regionalen Fallstudie über eine ostdeutsche (Rostocker) Bürgerbewegung.¹⁷

Ein beträchtlicher Teil derjenigen, die nicht mit „dem System“ konform gingen, fand sich im Umfeld der Kirche zusammen – einem Schutzraum für Widerständige. Die Rolle der „Kirche im Sozialismus“ steht daher naturgemäß im Vordergrund.¹⁸ Gerhard Rein hat sogar von einer „protestantischen Revolution“¹⁹ gesprochen. In jedem Fall war die protestantische Kirche ein Wegbereiter der tiefgreifenden Veränderungen. Dabei gehen die Auffassungen naturgemäß weit auseinander, ob und inwiefern Intentionen und Wirkungen zusammenfallen.

Aus dem Genre der „Oppositions“-Literatur ragen zwei Arbeiten heraus: Der so authentische wie selbstkritische Band von Wolfgang Rüdtenklau „störenfried. ddr-opposition 1986–1989“²⁰ fängt sehr gut das Verhalten eines Teil der oppositionellen Szene in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein.

15 Vgl. etwa: Gerhard Rein (Hrsg.), Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989; Charles Schüdekopf (Hrsg.): „Wir sind das Volk!“ Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek bei Hamburg 1990.

16 Vgl. Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgoths (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991; Gerda Haufe/Karl Bruckmeier (Hrsg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern, Opladen 1993.

17 Vgl. Uwe Thaysen, Der Runde Tisch. Oder: Wo bleibt das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990; Lothar Probst, Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie, 1993.

18 Vgl. aus unterschiedlicher Sicht: Horst Dähn (Hrsg.), Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz, München 1993; Markus Meckel/Martin Gutzeit, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994; Harald Schultze (Hrsg.), Das Signal von Zeit. Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976. Eine Dokumentation, Leipzig 1993. Siehe auch bereits Reinhard Henkys, Gottes Volk im Sozialismus, Berlin 1983.

19 Vgl. Gerhard Rein, Die protestantische Revolution 1987–1990. Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990

20 Vgl. Wolfgang Rüdtenklau, störenfried. ddr-opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, Berlin 1992.

Als engagiertes Mitglied der Umwelt-Bibliothek war Rüdtenklau im Zentrum der Aktivitäten von Opposition und Staatssicherheit zugleich „Subjekt und Objekt der Beobachtung.“²¹ Rüdtenklau verkleistert im Nachhinein nicht die Konflikte zwischen den der SED kritisch eingestellten Personen und stellt die Vielfalt der oppositionellen, gleichwohl linken Strömungen heraus, mögen sie nun trotzkistischer, maoistischer, grüner, radikal-demokratischer oder christlicher Observanz gewesen sein. Rüdtenklau, von anarchistischen Tendenzen selbst nicht frei, räumt offen ein, daß die Oppositionellen bei aller Kritik „trotz alledem noch an den Anspruch der regierenden kommunistischen Parteien glaubten und eine verfehlte Loyalität zeigten, über die bestenfalls ein paar Stasioffiziere gekichert haben.“²² Die ansonsten vielfach verbreitete – unhistorische – Perspektive „aus heutiger Sicht“ – dominiert nicht in diesem Band.

Ist hier „wenig vom Widerstand, von den Hoffnungen und der Verzweiflung der normalen Bevölkerung der DDR zu lesen“²³, so sieht das in einer neueren Studie ganz anders aus. Sie hebt sich durch ihr Vorgehen von der konventionellen Oppositionsforschung stark ab. Armin Mitter und Stefan Wolle (Herausgeber einer aufschlußreichen Dokumentation über die Lageberichte der Staatsberichte im Jahre 1989²⁴) gelingt anhand verschiedener Knotenpunkte (1953, 1956, 1961, 1968) der Nachweis, daß die oppositionellen Tendenzen des „kleinen Mannes“ weitaus größer waren als bisher angenommen. Dies rechtfertigt den provokativ anmutenden Untertitel „Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte“.²⁵ Dazu bedienen sich die Autoren der Materialien des Machtapparates der DDR, insbesondere solcher aus den Archiven des Ministeriums für Staatssicherheit und der SED. Wider Willen hätte das „gigantische Berichtswesen“²⁶ den einzelnen Menschen eine Art Denkmal errichtet. „Hier treten uns Menschen entgegen, die versucht haben, unter unwürdigen Bedingungen ein kleines Stück Würde zu behaupten, die unter dem Trommelfeuer einer stupiden Propaganda ihren gesunden Menschenverstand und ihren Humor bewahrten, die ohne Märtyrer zu sein, dort schwiegen, wo Jubel verlangt wurde, und dort redeten, wo Schweigen verordnet war.“²⁷ Im Vordergrund stehen also nicht die spektakulären Aktionen Oppositioneller, vielmehr resistente Verhaltensweisen breiter Kreise. Freilich bedarf es der kritischen Reflexionen, inwiefern die Akten – geführt von argwöhnischen Leuten, die

21 Ebd. S. 12.

22 Ebd. S. 13.

23 Ebd. S. 12.

24 Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), „Ich liebe euch doch alle ...“. Befehle und Lageberichte des MfS. Januar – November 1989, Berlin 1990.

25 Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.

26 Ebd. S. 24.

27 Ebd., S. 25.

überall „Umsturz“ vermuteten und „feinlich-negative Kräfte“ ausmachten –, realistisch die ablehnende Stimmung in der Bevölkerung eingefangen haben.

3. Begriffsklärungen

Die DDR zählte sich zu den sogenannten Volksdemokratien, doch war damit theoretisch wie praktisch nichts über ihren demokratischen Charakter ausgesagt. Die Machtverhältnisse in Ostdeutschland entsprachen in keiner Weise freiheitlichen Vorstellungen. Es erübrigt sich an dieser Stelle, auf alle wesentlichen Elemente des freiheitlichen Verfassungsstaates einzugehen. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht allerdings eines der wichtigsten – das Recht auf Opposition. Daß Begriffe wie „Opposition“ und „Widerstand“ in Demokratien und Diktaturen eine ganz andere Bedeutung haben²⁸, liegt auf der Hand. „Das Vorhandensein einer Opposition verhindert, daß sich die Regierungspartei mit dem Staate identifiziert, zur Staatspartei wird und ihre Interpretation des Allgemeinwohls zur absolut und allein gültigen erklärt.“²⁹

Ein solches Demokratieverständnis war den ostdeutschen Kommunisten fremd. Artikel 1 der DDR-Verfassung von 1968 bestimmte den Alleinherrschaftsanspruch der SED. Opposition jedweder Art war danach nicht vorgesehen, gehörte vielmehr zu den Relikten der „Klassengesellschaft“, galt als Häresie. Im Bestreben, diesen Status zu überwinden, mußte die SED oppositionelle Tendenzen ausschalten. Der Terminus „Opposition“ sollte aus dem DDR-Wortschatz – bezogen auf das eigene System – getilgt werden. Zur Etablierung ihrer Alleinherrschaft gingen die Kommunisten – in den ersten Jahren nach 1945 unterstützt durch die sowjetische Besatzungsmacht – mit äußerster Härte gegen vermeintliche oder potentielle oder tatsächliche Oppositionen auch in den eigenen Reihen vor. Nach zeitweiliger Konsolidierung ihres Regimes – nicht zuletzt durch den Mauerbau im August 1961 – konnte die SED auf deutlich subtilere Mittel zurückgreifen, um opponierende Kräfte mundtot machen zu können. Die breite Unterwanderung der Oppositionsbewegungen in den achtziger Jahren durch MfS-Spitzel ist nicht nur in den Personenakten, sondern auch in den Schulungsberichten und Forschungsarbeiten des MfS breit dokumentiert.

Im übrigen erklärte die SED Opposition als dem Sozialismus wesensfremd, mithin von außen – insbesondere durch die „Feindtätigkeit“ des „BRD-Imperialismus“ – provoziert und unterstützt, um die DDR zu destabilisieren. Oppositionelle Erscheinungen firmierten als „politische Untergrundtätigkeit“.

28 Vgl. Uwe Backes, Opposition, Protest und „Widerstand“ in den beiden deutschen Staaten, in: Politische Bildung 22 (1989), Heft 3, S. 32–54.

29 Waldemar Besson/Gotthard Jasper, Das Leitbild der modernen Demokratie. Bauelemente einer freiheitlichen Staatsordnung, Bonn 1990, S. 65.

Dazu heißt es in einer im Jahre 1977 an der „Juristischen Hochschule“ Potsdam angefertigten Dissertation: „Zur Realisierung dieser antisozialistischen Ziele versucht der Klassengegner an Stelle von diskreditierten Mitteln und Methoden, neue, raffiniertere Praktiken anzuwenden. In zunehmendem Maß richten sich seine Versuche darauf, durch eine Vielzahl subversiver Aktivitäten in der DDR eine politische Untergrundtätigkeit vorzutäuschen. Diese Erscheinungen der Feindtätigkeit werden durch eine breite Palette differenzierter Maßnahmen charakterisiert, die von Staatsverbrechen über Straftaten der allgemeinen Kriminalität bis zu Rechtsverletzungen unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz reicht. Dabei werden sowohl konspirative als auch legale Mittel und Methoden angewendet. Gegenwärtig versucht der Klassengegner, vor allem unter dem Deckmantel der Verfechtung der Menschenrechte feindliche Kräfte im Innern der DDR zu gewinnen und zu aktivieren.“³⁰ Der Umstand, daß der Begriff der „Opposition“ in der zitierten Schrift kein einziges Mal benutzt wird, mag belegen, wie sehr man sich scheute, von Opposition zu sprechen.

Strenggenommen dürfte der „Oppositions“-Begriff für das SED-System nicht verwendet werden, denn Begriffspuristen unter Politikwissenschaftlern fordern, von Opposition nur im Zusammenhang mit der institutionellen Ebene der parlamentarischen Auseinandersetzung zu sprechen.³¹ Die DDR war eine kommunistische Diktatur, ihre Verfassungsinstitutionen hatten bloß formalen Charakter. Die Volkskammer besaß keine demokratische Legitimation. Sie war ein willfähiges Abstimmungsorgan der SED³², die Blockparteien ebenso wie die Massenorganisationen erkannten den Führungsanspruch der SED an.³³ Die DDR war ein Staat, in dem politische Konkurrenz im Sinne von parlamentarischer Opposition nicht funktionierte, weil sie kein Betätigungsfeld erhielt. Die Existenz von politischen Konflikten, gar von Opposition wurde schlichtweg gelehnet, ihre Institutionalisierung mit allen Mitteln hintertrieben. Mitunter hat man die DDR den „oppositionlosen Staaten“³⁴ zugeordnet – eine eher unpassende Charakterisierung, die das kommunistische Selbstverständnis für

30 Udo Sievers, Forschungsergebnisse zum Thema: Das politisch-operative Zusammenwirken der Dienstseinheiten des MfS mit anderen staatlichen Organen, Wirtschaftsorganen und gesellschaftlichen Organisationen bei der Vorbeugung, Aufdeckung und Bekämpfung von Versuchen des Gegners, in der DDR eine politische Untergrundtätigkeit zu inspirieren und zu organisieren, Diss., Potsdam 1977, S. 6.

31 Vgl. dazu Walter Euchner, Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung, in: Ders. (Hrsg.), Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Güttingen 1993, S. 7–20.

32 Vgl. Eckhard Jesse, Die Volkskammer der DDR. Befugnisse und Verfahren nach Verfassung und politischer Praxis, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh (Hrsg.), Handbuch für Parlamentarismus und Parlamentsrecht in der Bundesrepublik Deutschland, Ein Handbuch, Berlin 1989, S. 1817–1840.

33 Vgl. Peter Joachim Lapp, Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988.

34 Etwa Ghita Ionescu/Isabel de Madariaga, Die Opposition. Ihre politische Funktion in Vergangenheit und Gegenwart, München 1971, S. 15, 155–213.

bare Münze nimmt. Sie war in der Tat gekennzeichnet durch das strikte Verbot einer parlamentarischen Opposition „zwecks Ausmerzung der politischen Entfremdung und um der klassenlosen Gesellschaft der Zukunft willen“. ³⁵

Dennoch scheint es angebracht, „die Auffassung, von Opposition nur im Zusammenhang mit parlamentarischen Systemen zu sprechen, zu revidieren und den Oppositionsbegriff auch auf Gruppen und Bewegungen anzuwenden, die in Ländern ohne zureichende politische Freiheitsrechte gegen die herrschenden Verhältnisse Widerstand leisten und um die Verwirklichung von Bürgerfreiheiten kämpfen.“ ³⁶ Nicht zuletzt fanden viele aus diesen oppositionellen Bürgerbewegungen im Verlauf der „friedlichen Revolution“ des Herbstes 1989 den Weg in ein demokratisches Parlament. ³⁷

Der SED mißlang trotz ihres personell ständig anwachsenden Überwachungsapparates die vollkommene Kontrolle der DDR-Gesellschaft. Zur Unterdrückung oppositioneller Regungen bediente sie sich je nach Einschätzung der inneren und äußeren Lage gewaltsamer Mittel und der Justiz. Einer Klärung bedürfte beispielsweise, ob die SED regelmäßig abweichendes Verhalten sanktionierte, und ob sie ihr Vorgehen abstufte. Wie schätzten die Machthaber Widerständler und „abweichendes“ Verhalten in der Bevölkerung ein? ³⁸ Wie ordneten sich die oppositionellen Kräfte selber ein, das heißt, welche Ziele verfolgten sie? Wie lassen sich ihre Zielsetzungen aus der Perspektive des demokratischen Verfassungsstaates beurteilen? Die letzte Überlegung erscheint besonders heikel, zumal nicht übersehen werden darf, daß die weniger auf eine offene Auseinandersetzung mit dem Staat bedachten Oppositionsgruppen in der DDR der achtziger Jahre sich zum Schutz vor Repressalien tarnen mußten. Es bedarf daher klarer Kriterien, um zu unterscheiden, ob sie lediglich Lippenbekenntnisse zum DDR-Sozialismus abgaben oder das Herrschaftsmonopol der SED anerkannten. Die Fragen kreisen insgesamt um das Problem der Systematisierung oppositionellen Verhaltens – seiner Artikulationsformen und seiner Zielsetzungen. Welchen Rahmenbedingungen unterlag die Opposition in der vierzigjährigen DDR-Geschichte? In welchem Maße beeinflusste die soziale Zusammensetzung der Gruppen und Gruppierungen ihr Verhalten und ihre Forderungen?

35 Ebd., S. 156.

36 Walter Euchner (Anm. 31), S. 15.

37 Vgl. die jüngste Darstellung von Klaus Michael Rogner, *Der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches der DDR*, Berlin 1993, S. 24–35, 212–217. Siehe auch Hans-Ulrich Derlien/Stefan Lock, *Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karriere der Abgeordneten in den fünf neuen Ländern*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 25 (1994), S. 61–94.

38 Hierzu liegen mehrere noch nicht ausgewertete Promotionsarbeiten an der JHS Potsdam vor. Vgl. u. a. auch die Zusammenstellung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, abgedruckt in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 1439–1459.

Als begriffliches Instrumentarium bieten sich zunächst sehr unterschiedliche Optionen an: Der Begriff der Opposition dürfte die meisten Formen ablehnenden, abweichenden Verhaltens umfassen. Er eignet sich daher auch als Oberbegriff in bezug auf die mehr oder minder werthaftern Widerstand, Resistenz und Dissidenz. Sie haben gegenüber dem Oppositionsbegriff den Nachteil, zu eng angelegt zu sein, beschreiben in der Regel nur *ein* bestimmtes Verhalten, nicht aber auch das andere. Die Verwendung des Oppositionsbegriffs lediglich Formen des abweichenden Verhaltens „mit erkennbaren ideologischen und politischen Alternativkonzepten“³⁹ vorzubehalten, erscheint dagegen zu restriktiv.

Die Grenzen zwischen den oppositionellen Verhaltensweisen sind allerdings fließend. „Immerhin kann Opposition in der DDR als politische Gegnerschaft umschrieben werden, die sich relativ offen, relativ legal zu entfalten versucht. Dagegen läßt sich Widerstand als politische Gegnerschaft definieren, der jede Möglichkeit zu offener und legaler Entfaltung genommen ist. Während Opposition infolge ihrer jederzeit möglichen Kriminalisierung in Widerstand umschlagen kann, ist Widerstand in der DDR von vornherein im Sinne des Regimes 'illegal'.“⁴⁰

Die Verwendung des jeweiligen Terminus hängt einerseits von den Motiven und Zielsetzungen der Handelnden ab. Die Opposition hatte als Bezugspunkt immer den SED-Machtapparat und umgekehrt; beide orientierten sich in einem gewissen Maße auch an den äußeren Rahmenbedingungen (Stalins Tod, Entstalinisierungsphase, Chruschtschow-Ultimatum 1958, Mauerbau, „Prager Frühling“, Ostverträge, KSZE-Verhandlungen, innerdeutsche Annäherungen, NATO-Doppelbeschluß, West-Ost-Abrüstungskonferenzen, Reformdiskussionen in Polen und Ungarn, „Tauwetter“ der Gorbatschow-Ära).

Andererseits spielen auch die Artikulationsformen der Opposition zur SED-Herrschaft und – damit eng verflochten – deren Duldung durch die Machthaber eine wichtige Rolle bei der Überlegung, ob es sich um Widerstand, Opposition, Resistenz oder Dissidenz handelt. Der Umgang mit der Opposition ist darüber hinaus auch ein Indikator für den Charakter bzw. die Stabilität der SED-Diktatur: War sie in den ersten beiden Jahrzehnten der DDR – in der Ulbricht-Ära – deutlich totalitärer Natur, so macht sich mit der Machtübernahme Honeckers seit Anfang der siebziger Jahre eine „Liberalisierung“ zumindest in der Kulturpolitik bemerkbar. „Honecker milderte die Fronten gegen alles irgendwie Andersartige – junge Leute, die zunehmend durch lange Haare und Jeans diffusen Widerstand zeigten –, als er beiläufig bemerkte, wichtig sei nicht, was sie auf dem Hintern oder auf dem Kopf trügen, sondern

39 So (in Anlehnung an Günter Minnerup) Christoph Kleßmann, Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5/91, S. 52 f.

40 Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 13.

was sie im Kopf hätten. Innerhalb des Sozialismus, verkündete er von der Tribüne des Schriftstellerkongresses, könne es keine Tabus geben.⁴¹ Freilich – „innerhalb des Sozialismus“! Und wo die Grenzlinie zwischen „innerhalb“ und „außerhalb“ verlief, bestimmte die SED.

Hierfür müssen in erster Linie außenpolitische Rahmenbedingungen verantwortllich gemacht werden. Der internationale und innerdeutsche Entspannungsprozeß der siebziger Jahre ermöglichte der SED eine gewisse Lockerung nach innen, wenngleich nur kurzzeitig und nicht in allen Lebensbereichen. Die Methoden des Vorgehens der Staatsmacht gegen oppositionelle Tendenzen wurden zuletzt immer subtiler, man denke etwa an die breite Unterwanderung der kirchlichen und intellektuellen Bürgerrechtsbewegungen durch Mitarbeiter des MfS. Terroristische Maßnahmen sind zunehmend unterblieben

Zahlreiche Ereignisse – innen- oder außenpolitischer Natur – wurden von den Sicherheitsorganen ohnehin „vorweggenommen“, das heißt oppositionelle Aktivitäten erwartet und Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Die nach außen hin sichtbaren Maßnahmen des MfS bzw. der Polizeiorgane fielen dadurch deutlich „milder“ aus. Der „Feind“ wurde – wie stets – im Westen geargwohnt; oppositionelle Tendenzen in der DDR seien das Produkt gegnerischer Aktivitäten.

Darüber hinaus und unabhängig von den Artikulationsformen oppositionellen Verhaltens bietet sich eine Unterscheidung nach den Motiven und Zielen dieser Gegnerschaft an. Hervorzuheben ist (1) die grundsätzlich antikommunistische, antiextremistische Opposition, die ihrerseits auch als Widerstand bezeichnet werden kann, verfolgte sie doch ein „konservatives“ Ziel: „die Verteidigung bzw. Wiederherstellung des *status quo ante*.“⁴² Hierzu sind bezogen auf die ersten Nachkriegsjahre etwa die Exponenten der traditionellen Parteien wie SPD, CDU und LDP, aber auch manche Bürger- und Menschenrechtsgruppierungen der achtziger Jahre zu zählen. Auf dem anderen Ende der Skala ist (2) die kommunistische Opposition beheimatet. Sie war ihrerseits extremistisch orientiert, bekämpfte mithin nicht die Grundlagen der SED-Diktatur, wohl aber deren Spitze – sei es wegen Kritik an der Führungsqualität, sei es wegen Unzufriedenheit mit dem Kurs der Partei etc. Zu den vom Ministerium für Staatssicherheit als „staatsfeindlich“ und „antisozialistisch“ eingeschätzten Programm einer Gruppe von kritischen SED-Mitgliedern zählten etwa Forderungen wie „die Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse unter 'Zurückdrängung der Bürokratie', die konsequente Verwirklichung des demokratischen Zentralismus innerhalb der Partei“⁴³ und ähnliches. Gegen die unter dem Pseudonym „Oppositionelle Mitglieder der SED“ arbeitende Berliner Gruppe waren allerdings keine strafrechtlichen, sondern „differenzierte

41 Wolfgang Rüdtenklau (Anm. 20), S. 17.

42 Herfried Münkler, Widerstand, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1991, S. 790–792, 791 (Hervorhebung im Original).

43 Zentralarchiv, Information Nr. 32/78, 14. Januar 1978, S. 4.

parteierzieherische und disziplinarische Maßnahmen⁴⁴ vorgesehen. Diese innerparteiliche Opposition war tatsächlich bedeutungslos, selten spektakulär und nur ein Mal erfolgreich bei der Ablösung des SED-Chefs Walter Ulbricht durch Erich Honecker im Jahre 1971.

Anders verhielt es sich mit den linksextremistischen Tendenzen, die Ende der sechziger Jahre im Gefolge des „Prager Frühling“ aufkamen: „Erste Ansatzpunkte für Kritik lieferte ein Vergleich der gesellschaftlichen Realität mit den theoretischen Ideen von Marx, Engels und Lenin, besonders aber Trotzki's Auseinandersetzung mit den Stalinisten. Neben einigen Zirkeln, die sich durchaus als trotzkistisch verstanden, und den [...] Maoisten gab es eine breite Palette unterschiedlichster sozialistischer Färbungen in diesen Gruppen“⁴⁵. Die Grenzen zwischen solchen nicht parteigebundenen Oppositionellen und der Opposition innerhalb der SED waren jedoch fließend, wie die Beispiele von Robert Havemann oder Rudolf Bahro aus den sechziger und siebziger Jahren nahelegen.⁴⁶ Das gilt auch für den Übergang von extremistischen zu demokratischen Positionen.

Das oppositionelle Spektrum zwischen diesen beiden Polen ist außerordentlich breit und ebenso diffus. Das größte Potential umfaßt (3) die seit den achtziger Jahren in und unter dem Dach der evangelischen Kirchen tätigen Friedensbewegungen sowie die Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen. Es wäre aber falsch, wollte man sie insgesamt als christliche bzw. religiös motivierte Opposition deklarieren. Die Kirchengemeinden boten ihnen vielmehr einen Freiraum zur Betätigung und – in gewissem Maße – Schutz vor Repressalien des Staates.

Viele Exponenten dieser buntscheckigen Gruppen standen durchaus in der zivilisationskritischen, reformkommunistischen Tradition eines Havemann oder eines Bahro, manche zählten sich zum Anarchismus. Andere hatten sich der ökologischen Problematik innerhalb der DDR verschrieben oder einen Pazifismus verfochten, der jenseits der „offiziellen“, von der SED geduldeten Friedensbewegung lag. Sie verhielten sich nicht konform. „Selbstorganisation wird in der DDR als Opposition verstanden. Und Opposition ist systemfremd. Folglich trägt Selbstorganisation das Odium der Staatsfeindschaft und wird entsprechend bekämpft.“⁴⁷ Besonders rigide war das Vorgehen der SED gegen die sicherlich größte oppositionelle Gruppe innerhalb der DDR: die sogenannten „Republikflüchtigen“. Sie zur DDR-Opposition zu rechnen, erscheint konsequent, wiewohl sie keine eigene Gruppe bildeten. überwiegend

44 Ebd., S. 7.

45 Wolfgang Rüdtenklau (Anm. 20), S. 21.

46 Vgl. dazu u. a.: Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 175–188; Ferdinand Kroh, Havemanns Erben – 1953 bis 1988, in: Ders. (Anm. 11), S. 10–58; Guntolf Herzberg, Einen eigenen Weg gehen. Oder weggehen, in: Ebd., S. 59–87.

47 Zitiert nach Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 189.

waren sie in allen übrigen oppositionellen Bewegungen anzutreffen – früher oder später. Warum ihnen von vielen Seiten kein Oppositionsstatus zuerkannt wird, ist unverständlich. In einem Kapitel wird auch darauf einzugehen sein.

Eine andere Frage berührt die Erfolgsaussichten oppositionellen Verhaltens. Eine Bewertung sollte sich in jedem Falle verbieten, für eine Beantwortung ist es noch zu früh. Gleichwohl erscheint eine Überlegung des Zeithistorikers Martin Broszat nachdenkenswert, die sich mit vernachlässigten Formen oppositionellen Verhaltens auseinandersetzt im Rahmen der Widerstandsforschung des Dritten Reiches: „Soll und kann sich, so ist zu fragen, das Vermächtnis des Widerstandes nur beziehen auf das vergebliche Märtyrertum von Personen und Kräften, die aktiven, illegalen Widerstand gegen das Regime trotz von vornherein äußerst geringer Erfolgchancen dennoch versuchten? [. . .] Hat das historische Vermächtnis des Widerstandes – auch unter dem Gesichtspunkt vergleichbarer Herausforderungen in der Gegenwart und in der Zukunft – nicht gerade auch hier ansetzen, bei den 'Kleinformen' des zivilen Mutes, der möglichen und wirksamen Resistenz?“⁴⁸

Der Resistenzbegriff umfaßt ein breiteres Spektrum von Verhaltensweisen als beim Widerstand, die Schwelle zum Umschlagen liegt – analog zur Opposition – sehr hoch. Broszat charakterisierte Resistenz als „Erscheinungsformen der – wirksamen – Herrschaftsbegrenzung des NS, die kaum oder gar nicht als bewußte Anti-Haltungen politisch motiviert waren.“⁴⁹ Eine lediglich geistige, nicht aktiv und sonstwie realisierte individuelle Gegnerschaft zählte er zu Recht nicht dazu, denn wie wollte man sie feststellen oder gar messen?

4. *Die frühe Opposition*

Die antikommunistische bzw. antiextremistische Opposition in der DDR erlangte ihre größte Bedeutung in der Phase des „sozialistischen Aufbaus“, als die Konsolidierung der SED-Herrschaft noch keineswegs sicher schien. So kann das Aufbegehren der Sozialdemokraten gegen die Zwangsvereinigung⁵⁰ mit den Kommunisten, der bürgerlichen Parteien gegen die Blockpolitik der SED, von Teilen der Bauern und Handwerker gegen Kollektivierung und Vergesellschaftung, der Arbeiter gegen die Wirtschafts- und Lohnpolitik im Sommer 1953 wohl als Widerstand qualifiziert werden. Insbesondere der

48 Martin Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945“, in: Hermann Graml/Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, 2. Aufl., München 1987, S. 77.

49 Ebd., S. 76.

50 Zur Berechtigung dieses vielfach angezweifelte Terminus vgl. Den überzeugenden Beitrag von Werner Müller; SED-Gründung unter Zwang. Ein Streit ohne Ende? Plädoyer für den Begriff „Zwangsvereinigung“, in: Deutschland Archiv 24 (1991), S. 52–58.

Arbeiteraufstand ermutigte große Teile der Bevölkerung zum Aufbegehren gegen die Politik der SED und gegen die Zerschlagung der traditionellen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen.⁵¹ Einen vergleichbar breiten Widerstand wie diese „Opposition in der Umbruchphase“⁵² hat es in den sechziger Jahren und danach nicht mehr gegeben, läßt man die friedliche „Revolution“ im Herbst 1989 einmal außer acht.

Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei nicht nur die Situation der Sozialdemokraten in der SBZ vor, während und nach der Zwangsvereinigung mit den Kommunisten im April 1946⁵³, sondern auch das Verhalten der bürgerlichen, von der sowjetischen Besatzungsmacht lizenzierten Parteien, CDU und LDP, im Hinblick auf die Blockpolitik der SED Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre. Beide wurden zwar zur politischen Arbeit zugelassen, aber eine eigenständige Politik war ihnen von Anfang an erschwert. Wurde schon 1946 die Vorherrschaft der SED mit der Zerschlagung der SPD dokumentiert, so diente die verordnete Gründung von NDPD und DBD im Jahre 1948 der schrittweisen Unterminierung des Einflusses von CDU und LDP. Ziel der Besatzungsmacht und damit der SED war einmal die Umfunktionierung der beiden traditionellen Parteien zu einem Instrument kommunistischer Blockpolitik. Zum anderen verkörperten diese Parteien gesamtdeutsche Organisationen – im Westen wie im Osten –, sollte die von der UdSSR bis in die fünfziger Jahre hinein favorisierte Neutralisierung Deutschlands und ein gesamtdeutsches Blockparteiensystem mitgestalten. „In dem Maße, in dem sich die Spaltung vertiefte und der Aufbau des Sozialismus im Osten voranschritt, erschienen der SED nationale Rücksichtnahme und potentielle Vermittlungsdienste verzichtbar. Gerade in Phasen von revolutionärem Optimismus neigte sie dazu, die Bedeutung der Blockparteien nur noch gering zu schätzen; häufig schien deren Fortexistenz ernsthaft bedroht.“⁵⁴

Spätestens 1952, nach der Zustimmung beider Parteiführungen zum „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR faktisch unter der Führung der SED, kann von der äußeren und strukturellen Gleichschaltung beider Parteien gesprochen

51 Vgl. ebd.

52 So Dietrich Staritz (Anm. 4), S. 79.

53 Vgl. Beispielsweise – unter Hinweis auf weitere Literatur – die folgenden drei Artikel von Werner Müller, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), jeweils in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 440–459, S. 460–480, S. 481–514, Siehe ferner Gert Grüner/Manfred Wilke (Hrsg.), Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46. Stenographische Niederschrift der Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember 1945, München 1981.

54 Siegfried Suckut, Die gesellschaftspolitische Funktion und Bedeutung der Blockparteien, in: Erfassung und Einbindung des Menschen im SED-Staat: Zur Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen. 22. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 11. Dezember 1992, S. 8, Manuskript.

werden. Im Falle der CDU dürfte die Verhaftung des Vizepartei­chefs und ersten Außenministers der DDR, Georg Dertinger, im Januar 1953 auch den Schlußpunkt für etwaige Hoffnung auf eine innere Eigenständigkeit der Partei gesetzt haben. Die Folge waren Resignation und Flucht führender Parteimitglieder, Rückzug und Anpassung der Zurückbleibenden. „Der Einschüchterungseffekt wirkte nachhaltiger als die unter dem unmittelbaren Druck der Ereignisse beschlossenen administrativen Maßnahmen, die größtenteils durch die Entwicklung rund um den 17. Juni 1953 eingeholt und überlagert wurden.“⁵⁵

Die CDU in der SBZ (DDR) hatte aufgrund ihres Umfeldes tatsächlich eine andere Vorstellung gesamtdeutscher Politik als die des Westens, war einer Neutralisierung Deutschlands durchaus nicht abgeneigt, sollte dadurch die Wiedervereinigung realisiert werden können. Gleiches gilt angesichts der christlich-sozialistischen Programmatik für wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Widerstand regte sich jedoch immer wieder gegen den Führungsanspruch der SED.⁵⁶ „Nachdem die SED mit den Beschlüssen der 11. Tagung des Zentralsekretariats am 3. Juli 1948 ihren Führungsanspruch bekräftigt hatte, setzte in der CDU eine Protestwelle ein. Angesichts des starken Rückhalts in der Bevölkerung und der Mehrheiten, die die CDU mit der LDP in einzelnen Landtagen und zahlreichen Kommunal- und Regionalparlamenten besaß, wies die Partei den Anspruch der SED kategorisch zurück. Für die Parteiführung erklärte Hickmann, die SED sei 'weit über die Grenze hinausgegangen, die der politisch gute Geschmack auch jedem Parteimann gebieten sollte'. Die CDU müsse der SED nun 'ein offenes >Stopp< entgegensetzen'; man werde sich keine neue Diktatur gefallen lassen.“⁵⁷ Der Widerstand in der CDU wie auch in der LDP stieß allerdings auf heftige verbale Attacken der SED und Verhaftungen durch die Sowjets – ein letzten Endes aussichtsloses Unternehmen.

Widerstand formierte sich auch innerhalb und an der Spitze der Kirchen gegenüber den Eingriffen des Staates in die kirchliche Arbeit insbesondere während der fünfziger Jahre, aber auch danach. Die SED erachtete den Kampf gegen die Religion als einen Aspekt des Klassenkampfes.⁵⁸ In der DDR zählten noch 1945 über 80 Prozent der Bevölkerung zur evangelischen, nur knapp 12 Prozent zur katholischen Kirche. Es war mithin ein Ziel der herrschenden

55 So Jochen Franke, Der Fall Dertinger und seine parteiinternen Auswirkungen. Eine Dokumentation, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 292.

56 Vgl. Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, 2. Aufl., Düsseldorf 1991.

57 Ebd., S. 108.

58 Vgl. für die Nachkriegsphase Clemens Vollnhals, Zwischen Kooperation und Konfrontation. Zur Kirchenpolitik von KPD/SED und SMAD in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949, in: Deutschland Archiv 27 (1994), S. 478–490.

Partei, das Relikt der kirchlichen und überhaupt religiösen Bindung zu eliminieren: seit Kriegsende bis weit in die fünfziger Jahre hinein durch massive Eingriffe in die Arbeit der Kirchen und durch Kriminalisierung religiöser Minderheiten – etwa die „Zeugen Jehovas“. „Nicht so sehr die Tatsache, daß der Staat der DDR ein Monopol in Erziehungs- und Bildungsfragen für sich beanspruchte, rief den Widerstand der Kirchen hervor [...]; es war vielmehr das Faktum, daß die Erziehungsinhalte ein Fundament erhielten, das den Wertvorstellungen, Normen und vor allem Glaubensüberzeugungen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nicht nur entgegengesetzt war, sondern ihre Legitimation weitestgehend in Frage stellte. Mehr oder weniger deutlich haben einzelne Kirchenleitungen Stellung bezogen gegen ein auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus aufgebautes, also atheistisch ausgerichtetes Erziehungssystem.“⁵⁹

Besonders bedrängt wurde allerdings die „Junge Gemeinde“: Angeleitet durch die „amerikanische Agenten- und Spionagezentrale“, sie sei ein Sammelbecken für die „Feinde des sozialistischen Aufbaus“, hieß es bei offiziellen Verlautbarungen im Jahre 1953. Zahlreiche Pfarrer der „Jungen Gemeinde“ wurden verhaftet und erst aufgrund heftiger Interventionen der Kirchenleitung nach der Volkserhebung im Juni 1953 wieder freigelassen. Wegen des Tragens von Bekenntnisabzeichen wurden Jugendliche belästigt oder angegriffen, Veranstaltungen durch den Einsatz der Polizei behindert. Die „Junge Gemeinde“ ebenso wie die Kirche insgesamt waren in den Augen der Staatsmacht der letzte „organisierte Feind in der DDR“.⁶⁰

Erst 1958 konnte etwa die evangelische Kirche durch Verhandlungen mit der SED eine relative Entspannung ihrer Situation herbeiführen. „Dieses Kommuniquä stellte einen Wendepunkt im Staat-Kirche-Verhältnis dar. Von dem gesellschaftskritischen Weg herkommend wird nun der Weg einer Solidarisierung mit Staat und Gesellschaft, der Weg eines kooperativen Respekts angesteuert. Aus dem Nein, aus der Distanz versucht die Kirche einen Ausweg zu finden. Innerhalb der Kirche wurde der harte Konfrontationskurs, der zum Beispiel durch Dibelius vertreten wurde, immer stärker angezweifelt.“⁶¹ Die katholische Kirche in der DDR schien weniger kooperativ, stellte gar in einem Memorandum aus dem Jahre 1957 für die SED geradezu oppositionelle Forderungen, wie die Aufgabe der Diskriminierung von Religion und Kirche, positive Toleranz in der schulischen Erziehung, Lehrerausbildung ohne Vorherrschaft der atheistischen Philosophie und anderes mehr.⁶²

59 Zitiert nach Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 72.

60 Zitiert nach ebd., S. 79.

61 Dietmar Linke, „Streicheln, bis der Maulkorb fertig ist.“ Die DDR-Kirche zwischen Kanzel und Konspiration, Berlin 1993, S. 28.

62 Vgl. dazu Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 71–81.

Die Ende der achtziger Jahre immerhin noch drei Prozent der praktizierenden Christen, die sich dem 1954 eingeführten Ritual „Jugendweihe“ verweigerten und damit spätestens ab 1958, als die Teilnahme gleichsam zur Pflicht wurde, massive Benachteiligungen in Kauf nehmen mußten, sind ebenso ein Beleg für wirksame Resistenz gegenüber den Eingriffen des Staates in den persönlichen Glauben.⁶³ „Die meisten Familien fügten sich gar nicht so widerwillig, verdrängten den politischen Zwangscharakter und konzentrierten sich in erster Linie auf die Gestaltung des privaten Familienfestes, das sich der Feierstunde anschloß. Das politische Moment wurde auf dieselbe Weise gerechtfertigt, wie die Teilnahme an der Demonstration zum 1. Mai oder das „Faltengehen“ am Wahltag. Die Jugendlichen selbst gelobten mißmutig und mancher mit gekreuzten Fingern hinter dem Rücken, für den Sozialismus arbeiten und kämpfen zu wollen.“⁶⁴

Insgesamt jedoch erwies sich die „Zernierung der bürgerlichen Opposition“⁶⁵ bereits in den fünfziger Jahren als wirksam. Die in Berlin aufgrund der Erhöhung der Normen ausgebrochenen und sich dann auf andere Städte der DDR erstreckenden Unruhen vom 17. Juni 1953 wurden dank der in der DDR stationierten sowjetischen Militäreinheiten im Keim erstickt. Es war allerdings kein die ganze DDR heimsuchender Volksaufstand, erst recht jedoch keine faschistische Provokation, wie die kommunistische Führung meinte.⁶⁶ Wären die aufständischen Bestrebungen freilich nicht so konsequent und so schnell niedergeschlagen worden, dann hätten die Unruhen und Demonstrationen zum Sturz der SED-Herrschaft geführt. Über die Zahl der Toten aufgrund der Unruhen sind ebensowenig exakte Angaben bekannt wie über die Verurteilungen, die in einigen Fällen mit der Todesstrafe endeten. Nach neueren Archivfunden war die Erhebung weitaus umfassender als bisher angenommen (auch im Sinne der Forderung nach deutscher Einheit), zogen sich die Reaktionen des Unmuts vor und nach dem 17. Juni länger hin. In 167 von 217 Land- und Stadtkreisen wurde der Ausnahmezustand verhängt. Der 17. Juni war auch in späterer Zeit für die kommunistische Führung ein Trauma. Niemals stand das Herrschaftsmonopol der SED so zur Disposition wie 1953. Ein „dritter Weg“ fand schon deshalb in der Partei keine Anhänger, weil man fürchtete, das „ganze System“ gerate in Gefahr. Die traumatische Erinnerung an den 17. Juni blieb vor allen DDR-Bürgern eingebraunt – auch

63 Vgl. Dietmar Linke, (Anm. 60), insbes. S. 11–81. Einen Überblick bieten ebenso Manfred Richter/Elisabeth Zylla (Hrsg.), *Mit Pflugscharen gegen Schwerter. Erfahrungen in der Evangelischen Kirche in der DDR 1949–1990. Protokolle*, Bremen 1991.

64 Michael Hartmann, *Ein pervertiertes Ritual lebt weiter*, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), S. 564.

65 So Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 67.

66 Vgl. umfassend Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), *17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR*, Köln 1982. Siehe aufgrund neuer Quellen jetzt vor allem: Torsten Diedrich, *Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk*, Berlin 1991. Manfred Hagen, *DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus*, Stuttgart 1992; Armin Mitter/Stefan Wolle (Anm. 25), S. 17–162.

und gerade den Spitzenfunktionären, die einen neuen 17. Juni witterten. Man ahnte, wie schnell ein frischer Wind – aus dem Osten oder dem Westen – revolutionäres Feuer entfachen konnte.

Die aufgrund der Ereignisse vom 17. Juni 1953 abgeleitete Behauptung, „daß große Teile der Arbeiterschaft den von der SED vorgezeichneten sowjetsozialistischen Weg ablehnten, ohne damit einfach den westlichen Weg übernehmen zu wollen“⁶⁷, ist sehr spekulativ, denn die Erhebung wurde sehr schnell niedergeschlagen. Die Forderungen nach der Wiedervereinigung wären im anderen Fall weitaus plakativer geworden.

Innerhalb der SED kam es in den fünfziger Jahren manchmal zu einer Art „Palastrevolution“⁶⁸, Walter Ulbricht überstand alle Auseinandersetzungen innerhalb der SED, bis er 1971, fast achtzigjährig, abdanken mußte. Noch vor Gründung der DDR scheiterte Anton Ackermann mit seiner These von einem „besonderen deutschen Weg“. Im Jahre 1954 wurde die Gruppe um Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt, die im Politbüro vor und nach dem 17. Juni 1953 eine andere, vorsichtigere Politik befürwortete, aus der Partei ausgeschlossen.⁶⁹ Im Jahre 1958 verloren die führenden Funktionäre Karl Schirdewan und Ernst Wollweber ihren Platz im Politbüro bzw. im Zentralkomitee. Sie wurden der Parteifeindlichkeit beschuldigt. Schirdewan hatte 1956 offenkundig den Aufbau des Sozialismus in der DDR mit weniger rigiden Methoden voranbringen wollen. Wie die Zaisser/Herrnstadt-Gruppe besaß der Kreis um Schirdewan in der Sowjetunion offenbar eine gewisse Rückendeckung. Nicht jeder Gegner der politischen Führung der SED war folglich selber demokratisch ausgerichtet. Vielfach handelte es sich um innerparteiliche Machtrivalitäten und -kämpfe. Die Streitigkeiten von Satrapen sind kein Beleg für innerparteilichen Pluralismus.

Die bekannteste intellektuelle Opposition in den fünfziger Jahren ging von Wolfgang Harich aus, einem jungen Philosophieprofessor aus Ost-Berlin. Der Zirkel der Harich-Gruppe wollte den Sozialismus erneuern, ihn keineswegs abschaffen. An die Einführung einer Demokratie nach westlichem Muster war nicht gedacht. Nach dem Scheitern der oppositionellen Bewegungen in Polen und Ungarn im Jahre 1956 wurde die Harich/Janka-Gruppe wegen „konterrevolutionärer“ und „konspirativer“ Aktivitäten verhaftet. Harich erhielt zehn Jahre Zuchthaus, Walter Janka, Leiter des Aufbau-Verlages, fünf Jahre. Erst 1989 erschien – im Westen – Jankas autobiographischer Bericht „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“⁷⁰. Seine offizielle Rehabilitierung blieb

67 So Christoph Kleßmann (Anm. 38), S. 55.

68 Vgl. zusammenfassend Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 105–116.

69 Zu Herrnstadt vgl. Helmut Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991.

70 Vgl. Walter Janka, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbek bei Hamburg 1989.

unter dem Honecker-Regime aus, wenngleich man ihm am 1. Mai 1989 den „Vaterländischen Verdienstorden in Gold“ verlieh.

5. *Opposition in den sechziger und siebziger Jahren*

Seit Ende 1959/Anfang 1960 machte die SED mit der Kollektivierung der Landwirtschaft ernst.⁷¹ Wer nicht freiwillig Mitglied einer LPG werden wollte, der wurde häufig dazu gezwungen. Viele Bauern sahen als einzigen Ausweg nur mehr die „Republikflucht“, während die ökonomischen Probleme immer größer wurden. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wuchs merklich an, wie aus zahlreichen Berichten der Bezirksleitungen der SED hervorgeht.⁷²

Mit dem Mauerbau 1961 reagierte das SED-Regime auf einen sprunghaften Anstieg der Flüchtlingszahlen. Es galt, dem einen Riegel vorzuschieben und die Bürger einzuschüchtern, denn die Lage im Land war sehr angespannt. Doch der „antifaschistische Schutzwall“ trug zunächst keineswegs zur Stabilisierung der SED-Herrschaft bei. In den internen Verlautbarungen schlug sich dieser Umstand etwa so nieder: „Neben den aggressiven Äußerungen gegen das gesamte kommunistische Herrschaftssystem, der ohnmächtigen Wut über die Grenzschießung, zeigte sich nun, daß es auch Widerstandszentren gab, die zum aktiven Kampf gegen das SED-System aufriefen und sich offensichtlich auf Auseinandersetzungen vorbereitet hatten. 'Bürger und Genossen! Bei uns hat die rote die braune Farbe verdrängt. Der Geist ist geblieben. Kauft keine Lose, keine Zeitungen, spielt kein Lotto, zahlt keine Versicherung. Ihr finanziert euer eigenes KZ. Übt Widerstand, wo es möglich ist. Beweist, daß ihr Deutsche seid. Die Welt schaut auf uns.' Handzettel mit diesem Text wurden in Zittau/Sachsen gefunden. Es handelte sich dabei nicht um westliche Flugblätter: 'Diese Zettel waren auf einem Abreißblock Größe DIN A 5, Text wurde mit einem Druckkasten, Schriftgröße 5 mm, in schwarz und rot aufgedruckt'. Ungeklärt bleibt, ob hinter dieser Aktion eine Gruppe oder ein Einzelner stand. Aber eindeutig geht daraus hervor, daß unter der Bevölkerung ein quantitativ schwer auszumachendes Widerstandspotential vorhanden war, das in jedem Fall größer war, als die Zahl derjenigen, die uneingeschränkt hinter der Regierung standen. Die Mehrheit der Bevölkerung hätte mit Sicherheit die Opposition gegen das Regime unterstützt. Dessen waren sich auch die führenden Genossen bewußt.“⁷³

Auch da, wo es innerhalb der SED zu „Aufweichungserscheinungen“ kam, wurde radikal aufgeräumt, gegebenenfalls kam es zu Parteiverfahren. Gegen

71 Vgl. Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 134 f.

72 Vgl. etwa BL Halle, Bericht über die Stimmung unter der Bevölkerung zu den Memoranden der Sowjetunion, IfGA, ZPA, IV 2/5/766, zitiert bei Armin Mitter/Stefan Wolle (Anm. 25), S. 349 f.

73 Ebd. S. 353 f. Die beiden Zitate gehen zurück auf BL Dresden: Ergänzung zum Fernschreiben Nr. 610, o.D. (20. 8. 1961), IfGA, ZPA, IV 2/5/889.

die Einführung der Wehrpflicht fünf Monate nach dem Bau der Mauer regte sich ebenfalls Widerstand. Die Ursachen im Gefolge des Mauerbaus führten zwischen August und Dezember 1961 kam es in der DDR zur größten Verhaftungswelle seit dem 17. Juni 1953. Schätzungen gehen für diesen Zeitraum von „einer Zahl von mindestens 1500 politischen Verhaftungen pro Monat“⁷⁴ aus. Die Mauer firmierte in der Tat als „die existenzielle Grundlage der DDR“⁷⁵, aber zugleich stellte dieses Monstrum ihre existenzielle Grundlage immer wieder in Frage.

Wenn sich das Datum des Mauerbaus jährte, kam es zu vereinzelt Protestaktionen, die das Ministerium für Staatssicherheit auf den Plan riefen. Beispielsweise: „Am 12.8.1971 wurden um 24.00 Uhr in Schwarzenberg – Neue Welt – durch unbekannte Täter die Kirchenglocken der ev. Emmauskirche, die ein mechanisches Lätwerk besitzen, in Gang gesetzt und läuteten etwa fünf Minuten.

Gegen 06.00 Uhr des 13.8. wurden im Stadtgebiet von Schwarzenberg drei selbstgefertigte Hetzschriften, Größe 13 x 14 cm, aufgefunden, die folgenden Text enthielten: „Schluß mit dem Mord an der Mauer!“⁷⁶

Robert Havemann, von Anfang der sechziger Jahre bis zu seinem Tode 1982 der berühmteste Dissident in der DDR⁷⁷, war in gewisser Weise vergleichbar mit Wolfgang Harich. Gehörte er zwischen 1950 und 1963 der Volkskammer an, so entwickelte er sich zunehmend zu einem Systemkritiker, der den humanen Anspruch des Marxismus der als pervertiert empfundenen Praxis gegenüberstellte.⁷⁸ Aufgrund seiner hohen moralischen Autorität (im Dritten Reich sollte er wegen kommunistischer Widerstandsaktivitäten zum Tode verurteilt werden) wurde er zwar von Nachstellungen des Staatssicherheitsdienstes keineswegs verschont, doch nicht eingesperrt. Fasziniert von der Idee eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und stalinistischem Kommunismus, verstand Havemann sich trotz seiner Opposition gegen das SED-Regime immer als „demokratischer Kommunist“. Ihm schwebte ein „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“ vor. Seine Wirkung auf breite Bevölkerungsschichten blieb allerdings – wohl nicht zuletzt aufgrund dieser Programmatik – äußerst gering.

Einen „Kommunismus mit zu menschlichem Antlitz“ wollte die DDR 1968 zusammen mit anderen Warschauer-Pakt-Staaten verhindern, als man zur „sozialistischen Bruderhilfe“ für die CSSR mobilisierte. Es galt, den Prager Frühling niederzuschlagen. In der DDR selbst blieb es 1968 weitgehend

74 Armin Mitter/Stefan Wolle (Anm 25), S. 360.

75 So ebd., S. 364.

76 Ministerium für Staatssicherheit, Z 1960, Nr. 815/71, S. 2 („Information über bisher im Zusammenhang mit dem 13.8. bekanntgewordenen Feindhandlungen in der DDR“).

77 Vgl. Dieter Knötzsch (Anm. 9).

78 Vgl. etwa Robert Havemann: Fragen – Antworten – Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, München 1970.

ruhig.⁷⁹ Berichte der Staatssicherheit über die Situation an den Universitäten im Vorfeld der Ereignisse im August 1968 zeigen, „daß ein erheblicher Teil der Studenten und viele Wissenschaftler die Entwicklung in der Tschechoslowakei mit Sympathie verfolgten und sie als beispielhaft auch für die DDR empfanden, wenn auch die Hoffnungen auf eine baldige Verwirklichung nicht sehr groß waren.“⁸⁰ Wie das Jahr 1968 – wenn auch in anderer Weise – prägenden Einfluß auf westliche Jugendliche in der Folgezeit ausübte, so erwiesen sich die Prager Vorgänge mit ihren Konsequenzen für viele im Osten als nachhaltiger Hoffnungsschimmer.

Vereinzelte Unmutsäußerungen nach der Zerschlagung des „Prager Frühlings“ stammten hingegen keineswegs in erster Linie von Intellektuellen, wie es bislang herrschende Auffassung war. Um nur ein Beispiel aus den Akten zu zitieren: „In der Gärtnerischen Handelsgenossenschaft (GHG) Molkereiprodukte, Betriebsteil Greifswalder Straße, äußerten sich sieben Kraftfahrer bzw. Transportarbeiter ... in hetzerischer Weise gegen die Maßnahmen der fünf sozialistischen Staaten. Sie beschimpften u. a. Genossen Walter Ulbricht und sagten, sie würden der Konterrevolution in der CSSR zu Hilfe eilen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten.“⁸¹ Es existiert überdies eine Auflistung der ZK-Abteilung Parteiorgane, die die kritische Haltung der SED-Mitglieder zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“ nach der sozialen Gruppenzugehörigkeit differenzierte.⁸² Danach stammte die Kritik am Einmarsch in die CSSR zu über 50 Prozent von Arbeitern und Bauern und nur zu drei Prozent von Intellektuellen.

Dennoch blieb dies alles ein Randphänomen. In der DDR hatte man die Tendenzen der Liberalisierung, die in der CSSR wirksam wurden, bereits drei Jahre zuvor auf dem legendären 11. Plenum des Zentralkomitees in einem wahren Vernichtungsschlag wider die Kulturszene im Keime erstickt.⁸³ Gleichwohl – oder gerade deshalb – war der „Prager Frühling“ vielleicht für viele eine Art Schlüsselerlebnis, das in den Tagen des Herbstes 1989 wieder lebendig werden sollte.

„Der sogenannte KSZE-Prozeß, der sich nach der Konferenz in Helsinki in den Folgekonferenzen von Belgrad und Madrid fortsetzte, aktivierte im Staat der SED oppositionelle Kräfte schon deshalb, weil ihnen offen und legal neue Argumente und neue politische Maßstäbe zugänglich wurden, an denen sie die Realität im Lande offen messen konnten.“⁸⁴ Die Kirchen setzten

79 So Armin Mitter/Stefan Wolle (Anm. 25), S. 370.

80 Ebd. S. 436.

81 Auswertung der Aktion „Genesung“, 1.10.1968, Berliner Stadtarchiv, BV Berlin, C 51/1, Bl. 40, zitiert nach Armin Mitter/Stefan Wolle (Anm. 25), S. 455.

82 Siehe Armin Mitter/Stefan Wolle (Anm. 25), S. 463 f.

83 Vgl. jetzt Günter Agde (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Studien und Dokumente, Berlin 1991.

84 Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 165.

sich nach der Helsinki-Konferenz 1975 für mehr Partizipationsmöglichkeiten und eine Öffnung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR ein.⁸⁵ Durch die internationale Einbindung der DDR mußte das SED-Regime im Innern zwangsläufig vorsichtiger agieren, so daß sich der Spielraum der Opposition vergrößerte.⁸⁶

Als Wolf Biermann, aufrührerischer „Liedermacher“ mit Auftrittsverbot seit 1965, nach einer wider Erwarten gebilligten Tournee in der Bundesrepublik im Jahre 1976 ausgebürgert und mit einem Einreiseverbot belegt wurde, protestierten Teile der künstlerischen Intelligenz, insbesondere in Form von Unterschriftenresolutionen.⁸⁷

Die Biermann-Ausbürgerung war nach dem 17. Juni 1953 und dem Mauerbau der wichtigste Einschnitt im politischen und kulturellen Leben der DDR.⁸⁸ Das SED-Regime fühlte sich durch die Biermann-Affäre verunsichert.

Aus einem Schreiben Erich Mielkes an die Leiter der MfS-Dienstseinheiten geht hervor, daß alle Personen, die sich mit Biermann solidarisch erklärt haben, „gründlich aufgeklärt werden.“ Aber nicht nur das: „Einzubeziehen sind auch solche Personen,

- die, ohne mit Biermann, Havemann u. a. in Verbindung zu stehen oder gestanden zu haben, gleiche oder ähnliche Ansichten vertreten bzw. Haltungen einnehmen,
- die offiziell gegen Biermann, Havemann u. a. feindliche Kräfte Stellung genommen und die entsprechenden staatlichen Maßnahmen unterstützt haben, zu denen jedoch Hinweise vorliegen bzw. aus deren z. T. unklar gehaltenen Stellungnahmen zu entnehmen ist, daß diese nicht ihrer tatsächlichen politischen Einstellung und Haltung entsprechen und aus taktischen Gründen erfolgten,
- die unter verschiedensten Begründungen Stellungnahmen zur Unterstützung der offensiven Auseinandersetzung mit den feindlichen Kräften um Biermann, Havemann u. a. ablehnten,
- die ihre 'solidarische Haltung' zu Biermann inzwischen offiziell korrigiert haben, tatsächlich jedoch auf ihren feindlich-negativen Positionen beharren.“⁸⁹

In den darauffolgenden Jahren verließen wegen der von ihnen empfundenen geistigen Knebelung bekannte Schriftsteller die DDR (u. a. Reiner Kunze,

85 Vgl. Markus Meckel, Aufbrüche, in: Ders./Martin Gutzeit (Anm. 18), S. 49.

86 So Hermann Weber, Vorwort, ebd. S. 20.

87 Vgl. für Einzelheiten Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR. Ein historischer Abriss, Köln 1982.

88 So Klaus Michael, Feindbild Literatur. Die Biermann-Affäre, Staatssicherheit und die Herausbildung einer literarischen Alternativkultur in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 22–23/93, S. 24.

89 Schreiben von Erich Mielke an die Leiter der MfS-Dienstseinheiten vom 22. Dezember 1976, S. 3 (SdM-1931).

Günter Kunert, Rolf Schneider, Sarah Kirsch, Monika Maron, Hans-Joachim Schädlich).⁹⁰ In der DDR verblieb Stefan Heym, dessen Werke dort aber nicht gedruckt werden konnten.⁹¹ Schriftsteller wie Heym waren allerdings ohnehin privilegiert, stand ihnen doch die Möglichkeit zu Westbesuchen offen.

Sofern in den siebziger und achtziger Jahren von oppositionellen Aktivitäten die Rede war, kamen sie fast durchweg aus den Reihen von Gruppierungen, die sich als Sozialisten verstanden, sieht man von spektakulären Einzelaktionen ab wie der Selbstverbrennung des evangelischen Pfarrers Oskar Brüsewitz im Jahre 1976 als Fanal aufgrund der Bedrängnis durch die staatlichen Behörden gegenüber der Kirche und deren leisetreterische Haltung zur Obrigkeit.⁹² Das Spektrum reicht von einem Einzelgänger wie Rudolf Bahro, der aufgrund seines Buches „Die Alternative“⁹³ zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren verurteilt und – nach zahlreichen internationalen Protesten – 1979 in den Westen abgeschoben wurde, über ein anonymes Manifest des „Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands“⁹⁴, das nicht nur eine Reform des Kommunismus, sondern auch die Einheit Deutschlands forderte, bis zu einem u. a. von Robert Havemann und Rainer Eppelmann, damals Pfarrer der Samaritergemeinde, unterzeichneten Offenen Brief an den sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew, in dem die Petenten die Neutralisierung ganz Deutschlands zum Programm erhoben.

Das Manifest des „Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands“, im *Spiegel* erstmals veröffentlicht, dessen Büro in Ost-Berlin daraufhin vom SED-Regime geschlossen wurde, erregte besonderes Aufsehen. Das Reformprogramm – ein Beispiel für kommunistische Zielsetzungen oppositionellen Verhaltens in der DDR –, das im Falle einer Wiedervereinigung für eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, Sozialisten und demokratischen Kommunisten plädierte, um gegen die Konservativen ein Übergewicht zu bilden, wurde in sieben Punkten zusammengefaßt:

„Wir sind daher

- gegen die Einpartei-Diktatur, die eine Diktatur der Sekretärs- und Politbüro-Clique ist,

90 Nur am Rande sei vermerkt, daß manche der Literaten – konfrontiert mit der Realität in der Bundesrepublik – von ihren sozialistischen Ideen allmählich Abstand genommen haben. Vgl. z. B. die Beiträge von Sarah Kirsch („Kleine Betrachtung am Morgen des 17. November“), Günter Kunert („Tagtraum“) und Monika Maron („Ich war ein antifaschistisches Kind“), jeweils in: Michael Naumann (Hrsg.), *Die Geschichte ist offen. DDR 1990: Hoffnung auf eine neue Republik*. Schriftsteller aus der DDR über die Zukunftschancen ihres Landes, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 79–81, 97–103, 117–135.

91 Siehe Stefan Heym, 5 Tage im Juni, München 1974; ders., Collin, Roman, München 1979.

92 Vgl. dazu jetzt: Helmut Müller-Enbergs, Heike Schmoll, Wolfgang Stock: *Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz und die evangelische Kirche*, Frankfurt a. M./Berlin 1993.

93 Vgl. Rudolf Bahro: *Die Alternative*. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977.

94 Der Text des Manifestes neben zahlreichen Reaktionen aus der DDR ist abgedruckt in: *Deutschland Archiv* 11 (1978), S. 199–219. Zugeschrieben wird das Manifest u. a. Hermann von Berg, der später in die Bundesrepublik übersiedelte und zu einem entschiedenen Antikommunistischen avancierte. .

- gegen die Diktatur des Proletariats, die eine Diktatur der Bürokratie über das Proletariat und gegen das gesamte Volk ist,
- für einen Parteienpluralismus, denn Freiheit ist, nach Luxemburg, immer die Freiheit der Andersdenkenden,
- für ein unabhängiges Parlament, das aus freier Entscheidung der Wähler hervorgeht,
- für einen unabhängigen Obersten Gerichtshof, wo jeder Bürger seine Klagen gegen Machtmißbrauch vorbringen kann . . . ,
- für eine von lebensfremden ZK-Apparatschiks unabhängige Regierung,
- für die Abschaffung des 'demokratischen Zentralismus' in Partei, Staat und Gesellschaft, da er ein Zentralismus gegen die Demokratie ist.⁹⁵

Allerdings hatten sich bereits vorher in Berlin und Leipzig zwei Gruppen auf konspirativer Grundlage gebildet, die sich als „oppositionelle Mitglieder der SED“ verstanden. Sie stellten sich auf den Boden des Marxismus-Leninismus, sahen aber aufgrund der „bürokratischen Deformierung“ die Herrschaft der Arbeiterklasse als noch nicht verwirklicht an. Sie standen in Kontakt mit der größten trotzkistischen Vereinigung der Bundesrepublik – der „Gruppe Internationaler Marxisten“. In verschiedenen westdeutschen linken Zeitschriften wie „das da“ erschien ein „Offener Brief an Wolf Biermann“. Das Ministerium für Staatssicherheit hob diese geheimbündlerischen Zirkel aus. Ihm erschien es aber nicht zweckmäßig, „strafrechtliche Maßnahmen durchzuführen, sondern unter Beachtung der Rolle der einzelnen Gruppenmitglieder, des Grades der Verfestigung ihrer feindlich-negativen Position und des Anteils an den feindlich-negativen Aktivitäten, differenzierte, parteierzieherische und disziplinarische Maßnahmen einzuleiten.“⁹⁶ Offenbar wollte man gegenüber jungen Kommunisten, die sich gegen bürokratische Tendenzen richteten, nicht rigoros vorgehen. Zu diesen „Abweichlern“ gehörte auch Bernd Gehrke, 1989 Gründungsmitglied der „Vereinigten Linken“, für die er am Zentralen Runden Tisch 1989/90 tätig war.

Weitaus härter ging das DDR-Regime in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gegen die Maoisten vor, die seinerzeit eine geheime KPD-ML/DDR gegründet hatten. Nach der Zerschlagung der maoistischen Zirkel wurden deren führende Repräsentanten zu hohen Haftstrafen verurteilt.⁹⁷

95 Zitiert nach Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 185.

96 ZAIG, Z 2788, S. 7 („Information über staatsfeindliche Aktivitäten von Personen in der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie in Leipzig“, Nr. 32/78, 14. Januar 1978).

97 Vgl. Wolfgang Rüdtenklau (Anm. 20), S. 22.

6. *Opposition in den achtziger Jahren*

Der bereits erwähnte Offene Brief von Havemann und Eppelmann u. a. aus dem Jahr 1981 an Breschnew leitete in gewisser Weise eine neue Qualität oppositioneller Aktivitäten ein.⁹⁸ Ansätze einer Friedensbewegung, zu deren Promotoren der Pfarrer der Samaritergemeinde gehörte, entwickelten sich, wobei die meisten Kritiker der SED wie auch immer verstandenen sozialistischen Vorstellungen wohlwollend gegenüberstanden. Nachdem Eppelmann im Sommer 1981 auf einen offenen, sich gegen die Militarisierung des öffentlichen Lebens aussprechenden Brief an Honecker keine Antwort erhalten hatte, initiierte er im Januar 1982 unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ den von oppositionellen Kräften unterschriebenen sogenannten „Berliner Appell“. Eppelmann wurde zwei Tage nach seiner Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg distanzierte sich von diesem Appell.⁹⁹

Wer den Aufnäher mit der symbolträchtigen Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ trug, bekam Schwierigkeiten.¹⁰⁰ Gegen das neue Wehrgesetz von 1982, das im Fall der Mobilmachung auch die allgemeine Wehrpflicht für Frauen vorsah, bildete sich unter der Ägide von Bärbel Bohley und Ulrike Poppe eine spektakuläre Initiative „Frauen für den Frieden“. Die Verhaftung von Bohley und Poppe, zwei Protagonisten der Friedensbewegung, mußte – wohl auf internationalen Druck hin – rückgängig gemacht werden.

Die Initiatoren der einwöchigen, maßgeblich von Bärbel Bohley initiierten Aktion „Fasten für den Frieden“ im August 1983 schrieben einen Brief an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, in dem sie ihn darum baten, daß die DDR nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen nicht bereit sein sollte, „auf ihrem Territorium Nuklearraketen aufstellen zu lassen“.¹⁰¹ Zur Gruppe „Fasten für den Frieden“ gehörten u. a. Martin Böttger, Bärbel Bohley, Katja Havemann, Gerd Poppe und Hans-Jochen Tschiche.

Das Ministerium für Staatssicherheit umriß diese oppositionellen Strömungen folgendermaßen: „Seit Beginn der achtziger Jahre anhaltende Sammlungs- und Formierungsbestrebungen solcher Personen, die sich die Aufweichung, Zersetzung und politische Destabilisierung bis hin zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zum Ziel setzen, führten zur Bildung entsprechender Gruppierungen und Gruppen. Diese sind fast ausschließlich in Strukturen der evangelischen Kirchen in der DDR eingebunden bzw. können

98 Vgl. Wolfgang Templin: Tendenzen des Wandels im politischen System der DDR, in: Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Anm. 4), S. 58–65.

99 Vgl. Stellungnahme der Evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vom 13. Februar 1982.

100 Siehe Klaus Ehring/Martin Dallwitz: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegungen in der DDR, Reinbek bei Hamburg 1982.

101 Offener Brief an den Vorsitzenden des Staatsrats der DDR vom 11. August 1983, zitiert nach Anlage 2 zur Information Nr. 280/83 des Ministeriums für Staatssicherheit.

für ihre Aktivitäten die materiellen und technischen Möglichkeiten dieser Kirchen umfassend nutzen.“¹⁰²

Führte man in den fünfziger Jahren Opposition außerhalb der SED noch auf Überbleibsel der als überwunden geglaubten bürgerlichen Gesellschaft bzw. des Dritten Reiches zurück, so galt für die Jahrzehnte danach Opposition immer als Folge äußerer Einwirkungen: Stets war es der „imperialistische“ Gegner im Westen, insbesondere die Bundesrepublik, die ein Interesse habe, die DDR zu unterminieren, indem sie die Bildung oppositioneller Gruppen förderte oder solche in die DDR einschleuste. In der HA XX des MfS untergliederte man diese Kräfte nach ihren primären Zielsetzungen, auch unter Beachtung jener außenpolitischen Ereignisse, die das Zustandekommen der Gruppen mutmaßlich provoziert hatten. „Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre intensivierten äußere und *innere* Feinde ihre Bestrebungen, unter dem Deckmantel des Eintretens für Frieden und Abrüstung [...] in der DDR eine alternative, pseudopazifistisch ausgerichtete sogen. staatlich unabhängige Friedensbewegung zu etablieren. Sie sollte als Basis und als Sammelbecken für feindliche, oppositionelle und andere negative Kräfte dienen.“¹⁰³

In einer einschlägigen Dissertation wurde die recht breite soziale Basis der oppositionellen Gruppierungen eingeräumt: „Die Kräfte, die gegenwärtig aktive Handlungen im Sinne PUT ausführen, setzen sich aus den verschiedensten Teilen der Bevölkerung zusammen. Es handelt sich um Personen aus Kreisen der Kunst- und Kulturschaffenden, der wissenschaftlich-technischen, medizinischen und pädagogischen Intelligenz und der studentischen Jugend. Es handelt sich um religiös gebundene Personen und um solche, die sich ohne religiöse Bindung angeblich unter den Schutz der evangelischen Kirchen begeben wollen.“¹⁰⁴ An der Stelle heißt es: „Feindlich-negative Kräfte unterscheiden und stellen an den Anfang ihres taktischen Vorgehens die sogenannte *'Protestaktion'*, bezeichnen das eskalierte Wirksamwerden als *'Nichtzusammenarbeit/Obstruktion'* und steigern sich schließlich bis zum *'zivilen Ungehorsam/Widerstand'*.“¹⁰⁵

Spielten sich die Aktivitäten der Friedensbewegung in der ersten Hälfte der achtziger Jahre faktisch nur innerhalb des begrenzten Frei- und Schutzraumes der Kirche ab¹⁰⁶, kam es 1985/86 zur Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, deren Mitglieder in den folgenden Jahren immer wieder

102 Information des Ministeriums für Staatssicherheit, HA XX, Nr. 150/89, über „beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen“, S. 2.

103 Ebd., Anlage, S. 1.

104 Werner Grabsch u. a. (Anm. 1), S. 248 f.

105 Werner Grabsch u. a. (Anm. 1), S. 199 (Hervorhebung im Original).

106 Vgl. Wolfgang Büscher/Peter Wensierski/Klaus Wolschner (Anm. 10).

durch „Unbotmäßigkeit“ aus Sicht der SED-Führung auffielen und mit hektographierten Publikationen den Zorn der DDR-Oberen auf sich zogen.¹⁰⁷ Man kann innerhalb der „Initiative“ zwischen zwei Flügeln differenzieren – dem „bürgerrechtlichen“ und dem „sozialrevolutionären“.¹⁰⁸ Der ersten Strömung (u. a. Gerd Poppe, Wolfgang Templin, Ralf Hirsch) stand eine sozialistisch orientierte gegenüber. Zum Führungskern dieser sich dann in den „Gegenstimmen“ organisierenden Gruppe gehörten Vera und Knud Wollenberger, Silvia Müller, Thomas Klein, Reinhard Schult und Wolfgang Wolf. Zwei – nämlich Knud Wollenberger und Wolf – wurden nach der „Wende“ als langjährige Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit überführt. Im Frühjahr 1989 sollte sich diese Richtung teilen – in die „Marxisten“ um Thomas Klein (auf ihn entfiel das einzige Mandat für die „Vereinigte Linke“ bei der ersten demokratischen Volkskammerwahl) und in die „linken Christen“ um Reinhard Schult, später einer der Aktivisten des „Neuen Forum“. Nahezu die gesamte aktive Opposition war im Herbst 1987 gegen den Besuch von Bundestagsabgeordneten der Union bei Pfarrer Rainer Eppelmann und einigen Mitgliedern der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Selbst die „bürgerrechtliche“ Strömung wies darauf hin, „daß in der Bundesrepublik unsere Bemühungen um Menschenrechte nicht dadurch unterstützt werden, daß man einen Forderungskatalog für Menschenrechte in der DDR aufstellt, der dann von der Bundesrepublik vorgetragen wird, sondern am ehesten dadurch, daß sich die CDU/CSU und andere staatstragende Parteien um die Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Bundesrepublik bemühen.“¹⁰⁹

Die von der evangelischen Kirche immer wieder durchgeführten „Friedensdekaden“ waren Beobachtungsobjekt der Staatssicherheit, um die Pläne und Absichten der dort versammelten „feindlich-negativen Kräfte“ in Erfahrung zu bringen. Im Jahr 1986 heißt es über Rainer Eppelmann: „Während eines Gottesdienstes bezeichnete er die gegenwärtige Lage in der DDR als ‚Zustand ohne Krieg‘ und ‚Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln‘, unterstellte der DDR, Menschen zu verfolgen, zu diskriminieren und einzusperren und forderte die Anwesenden auf, ‚Sand im Getriebe‘ zu werden, um diesen ‚Zustand‘ zu beenden. In diesem Sinne legte er auch die These aus: ‚Frieden schaffen bedeutet Kampf‘.“¹¹⁰

Besonderes Aufsehen erregten der staatliche Übergriff auf die Umweltbibliothek der Ost-Berliner Zionskirche im November 1987 sowie die Beteiligung von Mitgliedern der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ an der einmal im Jahr wiederkehrenden Kampfdemonstration für Rosa Luxemburg und Karl

107 Vgl. Frithjof Heller, Unbotmäßiges vom „Grenzfall“ bis zur „Wendezeit“. Inoffizielle Publizistik in der DDR, in: Deutschland Archiv 21 (1988), S. 1188–1196.

108 Vgl. Wolfgang Rüdtenklau (Anm. 20), vgl. die Rezension von Eckhard Jesse, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 85–88.

109 Zitiert nach Wolfgang Rüdtenklau (Anm. 20), S. 112 f.

110 ZAIG 3556, Bl. 17.

Liebknecht im Januar 1988 mit eigenen Transparenten – für die Staatssicherheit eine von „feindlich-negativen Kräften organisierte antisozialistische Provokation.“¹¹¹ Nicht nur Verhaftungen, sondern auch Ausweisungen zwecks Spaltung der Bewegung waren die Folge.¹¹² Prominente Oppositionelle verließen – faktisch gezwungen – die DDR, sei es auf Dauer, sei es zeitlich befristet: Bärbel Bohley, Freya Klier, Stephan Krawczyk, Wolfgang Templin, Vera Wollenberger. Trotz dieser und anderer Aktionen konnte weder von einer kohärenten noch einer starken außerparlamentarischen Opposition die Rede sein.

Im Januar 1988 gab die Staatssicherheit eine Lageeinschätzung über aktive oppositionelle Gruppen – „ein im Sinne politischer Untergrundtätigkeit mobilisierbares Potential.“ „Der Kreis dieser Personen, der in Berlin etwa 500, im Republikmaßstab ca. 1000 Personen umfaßt, hat sich in den letzten Wochen trotz weiterbestehender Differenzierungen enger zusammengeschlossen, Aktionen des 'gewaltfreien Widerstandes' erprobt und sich mit dem sogenannten Mahnwachenbüro in der 'Umweltbibliothek' ein operatives Leitzentrum geschaffen. Der harte Kern dieser Gruppierungen (Schwerpunkt: 'Initiative Frieden und Menschenrechte', 'Kirche von unten', 'Umweltbibliothek') kooperiert ständig mit bekannten Feinden in Westberlin und der BRD sowie in der DDR tätigen westlichen Diplomaten und Journalisten, wird von diesen inspiriert, angeleitet, unterstützt und nimmt einen festen Platz bei der Inszenierung von Hetz- und Verleumdungskampagnen gegen die DDR ein.“¹¹³ So realistisch die (begrenzte) Zahl der Aktivisten eingeschätzt wurde, so unrealistisch sah das MfS den aktiven Part bei der Unterminierung im Westen. Tatsächlich jedoch konnte davon keine Rede sein. Viele Oppositionelle des „harten Kerns“ suchten gerade nicht den westlichen Kontakt. Die in der „Anlage 1“ aufgelisteten Personen¹¹⁴ stellten in der Tat den Kern oppositioneller Aktivitäten dar: Wolfgang Templin, Peter Grimm, Peter Rölle, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Martin Böttger, Frank-Herbert Mißlitz, Wolfgang Rüdtenklau, Reinhard Schult, Uwe Kulisch, Lutz Rathenow, Stephan Krawczyk, Freya Krawczyk-Klier, Siegbert Schefke, Ralf Hirsch, Gerd Poppe, Carlo Jordan, Christian Halbrock.

Die Proteste von Friedensgruppen und Vertretern der Kirchen gegen die Manipulation anlässlich der Kommunalwahlen im Mai 1989¹¹⁵ signalisierten bereits verstärkte Ansätze einer oppositionellen Bewegung, nachdem sich zuvor schon

111 Bericht über erste Ergebnisse der Untersuchungen zu der von feindlich-negativen Kräften unter Mißbrauch der Kampf demonstration am 17.1.1988 organisierten Provokation, Hauptabteilung IX, MfS Z 689, S. 1.

112 Vgl. Ferdinand Kroh, Havemanns Erben – 1953 bis 1988, in: Ders. (Anm. 11), S. 52–55.

113 MfS HA XX/AKG, 133, S. 1 („Konzeption zur weiteren Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit“).

114 Vgl. ebd., S. 9 f.

115 Vgl. Hubertus Knabe, Politische Opposition in der DDR. Ursprünge, Programmatik, Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 1–2/90, S. 25 f.

systemkritische Aktivitäten in der Friedensbewegung und den Kirchen gezeigt hatten. Im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern¹¹⁶ gab es jedoch keine machtvolle Bürgerrechtsbewegung. Dafür mögen verschiedene Gründe verantwortlich sein: Der SED war es durch ein ausgeklügeltes Spitzelsystem gelungen, Ansätze bereits im Keim zu ersticken; außerdem übte die Bundesrepublik eine große Anziehungskraft aus, so daß mancher die Ausreise anstrebte, statt die Verhältnisse im eigenen Land ändern zu wollen. Die SED versuchte dem Rechnung zu tragen und schob systemkritische Wortführer in die Bundesrepublik ab – in der Hoffnung, auf diese Weise könne man ein Unruhepotential neutralisieren. Allein im Frühjahr 1984 entließ die DDR 25000 Bürger aus ihrer Staatsbürgerschaft. Tatsächlich jedoch wirkten die Übersiedler durch Aufrechterhalten der Kontakte auf die DDR zurück und vergrößerten die Unzufriedenheit der – in des Wortes doppelter Bedeutung – Zurückgebliebenen, wodurch weitere Ausreisearträge provoziert wurden. Das gleiche gilt auch für die politischen Häftlinge, von denen die jeweilige Bundesregierung seit 1964 etwa 1000 bis 2000 Jahr für Jahr freikaufte. Die Existenz der Bundesrepublik erwies sich für das Entstehen einer festen Formen annehmenden Opposition somit als ambivalent.

Eine andere Möglichkeit zur Neutralisierung der Unzufriedenheit mit dem eigenen System lag wohl auch darin, Reisen nicht nur für Rentner zu gewähren, sondern – aufgrund von Kann-Bestimmungen – auch für manche Personen, die noch nicht das Alter der „Grenzmündigkeit“ hatten. Die im Westen gewonnenen Eindrücke trugen vielfach nicht zu größerer Gelassenheit bei. Die erhoffte Ventilfunktion trat nur zum Teil ein, stieg doch die Zahl der Ausreisearträge weiter. Ende der achtziger Jahre dürfte sie bei mehreren hunderttausend gelegen haben, obwohl die Antragsteller sich möglicher Repressalien gewiß waren.

Die seitens der SED aufgrund der „Hetze“ westlicher Medien als Abwerbung gedeutete Massenflucht von DDR-Bürgern im Sommer und Herbst 1989 über Ungarn, Polen und die CSSR ermutigte einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung zu friedlichen Demonstrationen. Diese waren also, das bleibt festzuhalten, durch die Ausreisewelle in Gang gesetzt worden. Das alte System erwies sich als zu entkräftet, als daß es die „Wende“ zu verhindern gewußt hätte, zumal sich die oppositionelle Bewegung schnell vergrößerte. In der „Heldenstadt“ Leipzig demonstrierten im November/Dezember fast jeden Montag zum Teil 100.000 bis 300.000 Menschen¹¹⁷ – ohne jeden Anflug von

116 Siehe etwa Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München/Wien 1990. Jetzt auch: Hubertus Knabe: Umweltkonflikte im Sozialismus. Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen. Eine vergleichende Analyse der Umweltdiskussion in der DDR und Ungarn, Köln 1993, insbes. S. 108–112.

117 Vgl. die exakte Aufschlüsselung bei Karl-Dieter Opp, DDR '89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43 (1991), S. 303.

Gewalt. Die Parole „Wir sind das Volk!“ wurde von der Parole „Wir sind ein Volk!“ allmählich abgelöst.

In der Umbruchphase 1989/90 kristallisierte sich schnell eine Reihe neuer Gruppierungen und Bewegungen heraus.¹¹⁸ Zunächst entstand das „Neue Forum“, dann der „Demokratische Aufbruch“, die Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ sowie eine Reihe weiterer Zusammenschlüsse (wie etwa die marxistische „Vereinigte Linke“). Es wurden auch eine „Sozialdemokratische Partei“ (zunächst unter dem Namen SDP) sowie eine „Grüne Partei“ ins Leben gerufen. Die stark von Intellektuellen bestimmten oppositionellen Gruppierungen zeichneten sich durch ein basisdemokratisches und utopisches Verständnis aus. Lediglich der „Demokratische Aufbruch“ wandte sich nach einem Umorientierungsprozeß der Union zu.

Die ersten programmatischen Erklärungen des „Neuen Forum“ wollten von einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nichts wissen. Die Äußerung von Sebastian Pflugbeil, einem der führenden Vertreter des „Neuen Forum“, kann für das seinerzeitige Spektrum als repräsentativ betrachtet werden: „Die Diskussion um die deutsche Teilung empfinden wir als störend, weil wir wirklich andere Sorgen haben.“¹¹⁹ Ebenso skeptisch war Pflugbeil noch Ende Oktober 1989 in bezug auf die Dringlichkeit von Reiseerleichterungen: „Mit dem Reisen ist das so eine Sache. Ich bin vierzig. Ich habe praktisch mein ganzes Leben, solange ich richtig denken kann, darunter gelitten, daß man nicht reisen kann, oder daß man nicht seine Verwandten besuchen kann. Es gab Reiseerleichterungen in den letzten Jahren, unbefriedigende Reiseerleichterungen, aber ich denke, daß jetzt als erster Schritt die Forderung nach Pässen für jedermann und unbeschränktes Reisen für jedermann fast unrealistisch sind. Ich kann mir nicht vorstellen, wie das funktionieren soll. Dann ist immer noch die Frage der Finanzierung offen. Das ist eine komplizierte Sache mit den Pässen, und ich denke, daß zwar die Wünsche groß sind, aber daß die Dringlichkeit anderer Probleme wesentlich höher ist.“¹²⁰ Es gab sogar Stimmen (wie etwa die Bärbel Bohleys), die die unerwartete Öffnung der Mauer bedauerten. Jens Reich nahm im Namen des „Neuen Forum“ dazu folgendermaßen Stellung: „Ihr wurdet weder zum Bau der Mauer noch zu ihrer Öffnung befragt, laßt Euch jetzt kein Sanierungskonzept aufdrängen, das uns zum Hinterhof und zur Billiglohnquelle des Westens macht!“¹²¹ Die meisten

118 Vgl. hierzu ausführlich: Hubertus Knabe (Hrsg.), *Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes*, Reinbek bei Hamburg 1989; Gerhard Rein (Anm. 15); Charles Schüddekopf (Anm. 15).

119 Sebastian Pflugbeil, „Wir müssen die Reform mit den Genossen machen“, in: Gerhard Rein (Anm. 15), S. 25.

120 Ebd., S. 25 f.

121 „Die Mauer ist gefallen“, zitiert nach Jens Reich, *Rückkehr nach Europa. Zur neuen Lage der deutschen Nation*, München 1991, S. 202. Der von Jens Reich, Sebastian Pflugbeil, Bärbel Bohley, Reinhard Schult, Eberhard und Jutta Seidel unterzeichnete Aufruf kam am 12. November 1989 heraus.

DDR-Bürger sahen das freilich ganz anders. Der Drang nach dem Westen war für viele unwiderstehlich. Aber das ist schon ein anderes Thema!

7. *Die Ausreisewilligen – DDR-Opposition oder bloß eine „Absetzbewegung in den Westen“?*¹²²

„Das Thema der DDR-Ausreise ist so alt wie der Staat DDR selbst. Seit dem 7. Oktober 1949, Gründungstag der DDR, verlassen Menschen legal oder illegal das Land.“¹²³ Die sogenannten Ausreisewilligen oder auch Republikflüchtigen wurden und werden selten erwähnt, wenn es um die Opposition in der DDR geht, obwohl doch gerade sie auf die deutlichste Weise ihre Ablehnung des SED-Systems manifestierten. Ihr Weg aus der DDR war mit mancherlei Schikanen verbunden, mitunter auch mit Todesgefahr etwa bei der Flucht über Mauer und Stacheldraht, denn grundsätzlich gab es keine Ausreisemöglichkeit aus der DDR. „Von der DDR-Bevölkerung die Hinnahme dieses Zustandes zu erwarten, hieße an sie das Ansinnen zu richten, dauerhaft auf die Realisierung eines der fundamentalsten Menschenrechte zu verzichten. Das aber erscheint unzumutbar. Aus der Perspektive ausreisewilliger DDR-Bewohner bleibt daher nur, sich auf die Unwägbarkeiten eines Ausreiseantrags mit relativ geringen Erfolgsaussichten (ca. 9 %) oder auf spektakuläre Aktionen (Botschaftsbesetzungen o.ä.) zwecks Ertrotzung der Ausreise einzulassen. Die dritte Möglichkeit der ungenehmigten Ausreise ist durch das Grenzregime der DDR faktisch kaum durchführbar und überdies mit Gefahren für Leib und Leben verbunden.“¹²⁴

Während in den siebziger und achtziger Jahren Ausreisewillige unter den übrigen Oppositionellen auf zunehmend weniger Verständnis und Solidarität stießen, zählten sie in den Augen des Ministeriums für Staatssicherheit nach wie vor zu den „negativ und feindlich eingestellten Antragsstellern auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR.“¹²⁵ Der Beitritt der DDR zu den Vereinten Nationen im Jahre 1973 und die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte, mit der sie sich völkerrechtlich verbindlich zur Einhaltung der Bürger- und Menschenrechte verpflichtete, hatten auf dieses Feindbild des SED-Staates offenbar wenig Einfluß. Eine weitere Konsequenz der

122 So die Formulierung von Lothar Fritze, *Innenansichten eines Ruins. Gedanken zum Untergang der DDR*, München 1993, S. 20.

123 Günter Jeschonnek, *Ausreise – das Dilemma des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates*, in: Ferdinand Kroh (Anm. 11), S. 237.

124 So Matthias Bath, *Notwehr und Notstand bei der Flucht aus der DDR*, Diss., Berlin 1988, S. 66. Der Autor hat einschlägige Erfahrungen gemacht.

125 VVS-JHS 001–109/77: Forschungsergebnisse zum Thema: „Das politisch-operative Zusammenwirken der Dienstseinheiten des MfS mit anderen staatlichen Organen, Wirtschaftsorganen und gesellschaftlichen Organisationen bei der Vorbeugung, Aufdeckung und Bekämpfung von Versuchen des Gegners, in der DDR eine politische Untergrundtätigkeit zu inspirieren und zu organisieren, S. 29.

Verträge: Die Zahl der legalen Ausreiseanträge stieg sprunghaft an – trotz der damit verbundenen Schikanen durch die Verwaltungen, der systematischen Diskriminierungspraxis staatlicher Stellen oder gar der Verfolgung durch Polizei und Justiz und MfS.

„Mut und Zivilcourage bei der Reklamation der Bürger- und Menschenrechte nahmen ein Ausmaß an, das in der DDR vordem kaum denkbar gewesen war. Eine neue Qualität oppositioneller Selbstbehauptung entwickelte sich.“¹²⁶ Zahlreiche Beispiele für diese „Opposition durch 'Abstimmung mit dem Ausreiseantrag' statt der 'Abstimmung mit den Füßen' wie vor dem Bau der Mauer“¹²⁷, mehr noch die vielen Toten an Mauer und Stacheldraht, nicht zuletzt aber die Massenfluchten im Sommer und Herbst 1989 belegen die enorme Bedeutung dieser oppositionellen Bewegung. Die letzten großen Massenfluchten aus der DDR – in der letzten Novemberwoche verließen täglich 10.000 Bürger ihr Land – haben wesentlich zum Fall der Mauer am 9. November 1989 beigetragen.

Von 1950 bis Ende 1989, also unter Ausschluß der nachkriegsbedingten Umsiedlungsbewegungen, kamen über 4,9 Millionen DDR-Bürger in die Bundesrepublik. Davon zählten etwa 3,8 Millionen Menschen zu sogenannten übersiedlern. Ihre Zahl ist im Notaufnahmeverfahren (in den Lagern Gießen und Berlin-Marienfelde) dokumentiert worden. Im Zeitraum von 1950 bis zum Mauerbau flohen ca. 2,6 Millionen DDR-Bürger über die Grenze, danach bis Ende 1988 schafften dies nur noch 235.000 Menschen, darunter 40.000 als „Sperrbrecher“, über 30.000 durch „Freikauf“ aus den Gefängnissen der DDR. Von 1961 bis Ende 1988 zählte man 380.000, im letzten Jahr der DDR wiederum 100.000 „legale“ Übersiedler.¹²⁸

Besondere Aufmerksamkeit erfuhren die DDR-Übersiedler im Westen offenbar erst ab 1984. Hintergrund war eine erstmalige gezielte und kontrollierte Ausreisepraxis der SED, mit der sie den auch durch die Madrider Nachfolgekonferenz der KSZE im Herbst 1983 angewachsenen innenpolitischen Druck abzubauen versuchte (u. a. Demonstrationen in Jena im Sommer 1983, „Mahnwachen“ der autonomen Friedensbewegungen am 1. September 1983 in Ost-Berlin): Rund 35.000 DDR-Bürger – mit überwiegend durchaus gesicherten materiellen und beruflichen Existenzen¹²⁹ – durften in die Bundesrepublik

126 Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 163.

127 Ebd., S. 164.

128 Vgl. die Zahlen bei Hartmut Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: Deutschland Archiv 24 (1991), S. 386–395, insbesondere S. 390.

129 Vgl. hierzu die Untersuchungen des Wuppertaler Soziologen Volker Ronge, Übersiedler aus der DDR – ein Minderheitenproblem?, in: Dieter Voigt/Lothar Mertens (Anm. 2), S. 53–65; zusammenfassend ders., Von drüben nach hüten. DDR-Bürger im Westen, Wuppertal 1985.

Tabelle 1: Übersiedler in die Bundesrepublik Deutschland (1949–1990)

Jahr	Übersiedler*				Insgesamt
	Ohne Genehmigung (Flüchtlinge)		Mit Genehmigung (Flüchtlinge)		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
1949	129245	100	–	–	129245
1950	197788	100	–	–	197788
1951	165648	100	–	–	165648
1952	182393	100	–	–	182393
1953	331390	100	–	–	331390
1954	184198	100	–	–	184198
1955	252870	100	–	–	252870
1956	279189	100	–	–	279189
1957	261622	100	–	–	261622
1958	204092	100	–	–	204092
1959	143917	100	–	–	143917
1960	199188	100	–	–	199188
bis 12.8.					
1961	155402	100	–	–	155402
ab 13.8.					
1961	51624	100	–	–	51624
1962	16741	78,4	4624	21,6	21365
1963	12967	30,4	29665	69,6	42632
1964	11864	28,3	30012	71,7	41876
1965	11886	40,2	17666	59,8	29552
1966	8456	35,0	15675	65,0	24131
1967	6385	32,6	13188	67,4	19573
1968	4902	30,6	11134	69,4	16036
1969	5273	31,1	11702	68,9	16975
1970	5047	28,8	12472	71,2	17519
1971	5843	33,6	11565	66,4	17408
1972	5537	32,3	11627	67,7	17164
1973	6552	42,9	8667	57,1	15189
1974	5324	40,2	7928	59,8	13252
1975	6011	36,9	10274	63,1	16285
1976	5110	33,7	10058	66,3	15168
1977	4037	33,4	8041	66,6	12078
1978	3846	31,7	8271	68,3	12117
1979	3512	28,1	9003	71,9	12515
1980	3988	31,2	8775	68,8	12763
1981	4340	28,1	11093	71,9	15334
1982	4095	31,0	9113	69,0	13208
1983	3614	31,9	7729	68,1	11343
1984	5992	14,6	34982	85,4	40974
1985	6160	24,7	18752	85,4	40974

Jahr	Übersiedler*				Insgesamt
	Ohne Genehmigung (Flüchtlinge)		Mit Genehmigung (Flüchtlinge)		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
1986	6196	23,7	19982	76,3	26178
1987	7499	39,6	11459	60,4	18958
1988	11893	29,9	27939	70,1	39832
1989	241907	70,4	101947	29,6	343854
bis 30.9. 1990	–	–	–	–	238384

* Im Notaufnahmeverfahren registrierte Flüchtlinge und genehmigte Ausreiser.

Quelle: Bundesausgleichsamt; Hartmut Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: Deutschland Archiv 24 (1991), S. 390.

übersiedeln. „1984 setzte erstmals eine Diskussion um die Ausreise ein, allerdings nur innerhalb der Evangelischen Kirche oder im Freundeskreis. [...] Bleibe ich oder stelle ich einen Ausreiseantrag, wurde 1984 eine zentrale Frage gerade meiner Generation. Das Weggehen so vieler und wichtiger Menschen löste bei denen, die im Lande blieben, Enttäuschung und Betroffenheit aus.“¹³⁰ Die übersiedlerproblematik unterstand ungeachtet der „großzügigen“ Genehmigungspraxis von 1984 und erneut 1988 faktisch der Willkür der SED-Herrschaft. Um neue Antragssteller abzuschrecken, bediente sie sich zielgerichteter Pressekampagnen oder des Sicherheitsapparates.

Die Abriegelung der DDR im Jahre 1961 war die Reaktion auf die anhaltende Massenflucht. „In Erkenntnis dieser Gefahr haben die Kommunisten ihren innenpolitischen Kurs nach dem Bau der Mauer relativ gemäßigt – und sie haben zugleich durch den 1964 einsetzenden Freikauf ehemaliger politischer Häftlinge in großem Stil das oppositionelle Potential abgebaut. Zu einem erheblichen Teil waren die freigekauften Häftlinge politisch bewußte Gegner, die neue Risiken bedeutet hätten, wenn sie zum Bleiben in der DDR gezwungen worden wären.“¹³¹

Die Politik der Staatsmacht, sich damit unliebsamer Opposition zu entledigen, traf bei den nicht ausreisewilligen Oppositionsströmungen auf Bedenken und Ablehnung. Ein Beispiel: „Wir hatten nicht vor, einen internen Ausreiseclub oder ein Ausreisebüro zu gründen, uns von anderen Gruppen abzukapseln. [...]. Wir fragten immer wieder an, ob wir uns anschließen könnten, um unsere Thematik zu bearbeiten, um uns aber auch an der inhaltlichen Arbeit der Gruppen selbst zu beteiligen. Es fand sich keine Gruppe bereit, uns zu

130 Günter Jeschonnek (Anm. 124), S. 238.

131 Karl Wilhelm Fricke (Anm. 7), S. 214.

integrieren oder mit uns an gemeinsamen Themen zu arbeiten. Die Argumente waren bei allen Gruppen gleich und auch verständlich: Wir wollen im Lande bleiben und uns hier für Veränderungen einsetzen.“¹³² Die Entscheidung, in der DDR zu bleiben, um aus dem SED-System heraus für einen politischen Wandel einzutreten, hat in den achtziger Jahren einen tiefen Spalt zwischen der DDR-internen Opposition und jenen Oppositionellen getrieben, die in den Westen wollten. Nicht von der Hand zu weisen ist allerdings auch der innere Widerspruch in den Forderungen der ersten: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ – Rosa Luxemburgs vielberufenes Wort bedeutete notwendigerweise auch den Einsatz für Ausreisewillige.

Der Staatssicherheit waren die Übersiedlungswilligen eine Dorn im Auge, weil ihre Reaktionen vielfach als unberechenbar galten. Schließlich wußte man, daß spektakuläre Aktionen den Weg in die Freiheit ebnen konnten. So stellte die Staatssicherheit im März 1988 fest: „Das Potential militanter Übersiedlungersuchender, die im Glauben, ihre übersiedlung beschleunigen zu können, derzeit bereit sind, sich an jeder politischen Provokation und jeder Art demonstrativer Handlung zu beteiligen, wird allein in Berlin auf ca. 3000 Personen geschätzt, macht also ein Vielfache der zur Untergrundszene gehörenden Personen aus.“¹³³ Allerdings verhielt sich diese – wie erwähnt – gegenüber Ausreisewilligen reserviert: „Übersiedlungsversuche wurden aus dem aktiven Kern der 'Initiative' ausgeschlossen, sollen jedoch in zu bildenden Arbeitsgruppen mitarbeiten können“¹³⁴ – so hieß es in einer MfS-Lageeinschätzung im April 1988.

Für die politische Führung in der DDR war die Ausreisepaxis ambivalent. Einerseits ließen sich auf diese Weise eine Anzahl unliebsamer Personen ab-schieben und der Aufbau einer schlagkräftigen Opposition größtenteils verhindern; andererseits mußte die DDR-Spitze damit rechnen, daß die Übersiedler durch die Fortsetzung vielfältiger Kontakte zu den Daheimgebliebenen die Unzufriedenheit erst recht schüren und weitere Ausreisanträge provozieren würden. So geschah es denn auch.

8. *Einordnung der Opposition*

Es ist an der Zeit, die Frage nach dem demokratiethoretischen Standort oppositioneller Bewegungen in der DDR kritisch aufzuwerfen, gilt es doch zu konstatieren: „Die antistalinistische Opposition von 1956, die studentischen

132 Günter Jeschonnek (Anm. 124), S. 244.

133 MfS HA XX/AKG, 133, S. 6 („Lageeinschätzung auf dem Gebiet der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit“, 14. März 1988).

134 MfS HA XX/AKG, 133, S. 3 („Lageeinschätzung zu den bedeutendsten im Sinne politischer Untergrundtätigkeit im Raum Berlin wirkenden Gruppierungen“, 21. April 1988).

Diskussionskreise der späten sechziger Jahre und die Oppositionsgruppen der achtziger Jahre waren mehr oder weniger deutlich sozialistisch dominiert, oft sogar linksradikal, anarchistisch oder trotzkistisch geprägt. [...] Die meisten waren jedenfalls in der Theorie Verächter des Kapitalismus und der Konsumgesellschaft. [...] Eine 'bürgerliche Opposition' hat es dagegen nie gegeben, obwohl sie doch eine potentielle Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite gehabt hätte.¹³⁵ Wer im Herbst 1989 ein wiedervereinigtes, kapitalistisches Deutschland als Mitglied der Nato gefordert hätte, „wäre als hoffnungsloser Reaktionär in die Ecke gestellt worden.“¹³⁶

Vielfach sind die aufkeimenden oppositionellen Bewegungen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre als eine systemimmanente Opposition beschrieben worden: „Bei dem Protest handelt es sich nicht um eine politische Opposition, die für ein nicht-sozialistisches Gesellschaftsmodell eintritt. Ohne sozialistische Errungenschaften in Frage zu stellen, verhalten sich viele Protestierende als Radikal-Liberale und Radikal-Demokraten.“¹³⁷ Diese Interpretation erwies sich, wie wir heute wissen, als verkürzt. Sie berücksichtigt nicht, daß oppositionelle Stellungnahmen in einem totalitären System nicht zum Nennwert zu nehmen sind – sei es, daß aufgrund der öffentlichen Repression taktische Elemente einfließen, sei es, daß aufgrund des lebendigen Meinungs-austausches in einer parlamentarischen Demokratie frühere Positionen schnell ad acta gelegt werden können. Aber es ist richtig, daß eine Opposition mit einem explizit nicht-sozialistischen Modell nicht an die Öffentlichkeit trat. Wie man z. B. einem Interview mit Markus Meckel – noch vor der förmlichen Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR – entnehmen kann, teilte er anfangs die Auffassung von Otto Reinhold, ein zweiter deutscher Staat habe keine Existenzberechtigung, wenn er nicht sozialistisch ausgerichtet sei. Seinerzeit wollte Meckel an einem sozialistischen Staat festhalten, „wenn auch schwer angebbbar ist, welche Strukturen ökonomisch und politisch dieser Vision entsprechen, aber in Richtung einer solchen Vision wollen wir arbeiten“.¹³⁸

Bei den oppositionellen Bewegungen, die sich als solche zu erkennen gaben, überwog eine Art sozialistischer Grundkonsens. Die Position der Mehrheit der Bevölkerung kam nicht hinreichend zum Ausdruck. Deren Bedürfnisse wurden von der Oppositionsbewegung – welcher Richtung auch immer – kaum

135 Armin Mitter/Stefan Wolle (Anm. 25), S. 542.

136 Ebd. S. 540.

137 Ralf Rytlewski, Ein neues Deutschland? Merkmale, Differenzierungen und Wandlungen in der politischen Kultur in der DDR, in: Hans-Georg Wehling (Red.): Politische Kultur in der DDR, Stuttgart 1989, S. 26

138 Markus Meckel, Wir haben den Raum der Kirche verlassen, in: Gerhard Rein (Anm. 14), S. 95; siehe auch Martin Gutzeit/Markus Meckel, Das Recht auf Staats-Bürgerschaft in der DDR. Anregung zu einem notwendigen Gespräch (1987), S. 195 f.: „Die Existenz der beiden deutschen Staaten ist als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs Folge unsäglicher Schuld Deutschlands. [...] Die gegenseitige gleichberechtigte Anerkennung der Staatsbürgerschaft beider deutscher Staaten wird – so glauben wir – wesentlich zur Normalisierung zwischen ihnen beitragen“, in: Dies. (Anm. 18), S. 295 f.

reflektiert, die nationale Frage galt als Tabu. Wolfgang Rüdtenklau, der zum „harten Kern“ der Opposition zählte, konstatiert selbstkritisch: „Besonders möchte ich diese Lektüre jenen westdeutschen Linken empfehlen, die die DDR-Opposition heute mehr oder weniger verschämt als 'Totengräber der DDR' bezeichnen. Das Schlimme ist, es stimmt das Gegenteil.“¹³⁹

Dem Westen gegenüber hielt sich die Opposition bedeckt. Zwar konnte so niemandem der Vorwurf gemacht werden, man betreibe das Spiel des „Klassenfeinds“. Doch war dies wohl mehr eine unbeabsichtigte Folge, keinesfalls der eigentliche Grund für die Zurückhaltung. Wer etwa die Texte aus den „Umweltblättern“ studiert¹⁴⁰, dem fällt auf, daß sie sich eher durch verhaltene Kritik am „System“ der DDR auszeichnen, jedenfalls keineswegs durch irgendeine Nähe zum deutschen Nachbarstaat. Dieser Umstand war nicht in erster Linie taktisch bedingt, sondern entsprach im wesentlichen dem Verständnis der meisten Repräsentanten der oppositionellen Basisbewegungen.

Die Position von Vera Wollenberger dürfte typisch für die Haltung der damaligen oppositionellen Gruppen gewesen sein. Nach der „Wende“ in der DDR hat sie sich gefragt, weshalb sie die DDR nicht früher verlassen habe. Ihre selbstkritische Antwort: „Es war immer noch hauptsächlich meine Blindheit gegenüber dem wahren Charakter des Systems, dessen Skrupellosigkeit ich doch schon überreichlich kennengelernt hatte. Aber meine ideologische Verkettung mit einem sozialistischen Gesellschaftsmodell und seiner Utopie war immer noch stark. Ich glaubte an die Reformierbarkeit des Systems und daran, daß dies nur 'von innen' zu bewirken sei.“¹⁴¹

Im Jahr 1988, nach den turbulenten Ereignissen bei der Luxemburg-Liebnecht-Demonstration, schrieb Reinhard Schult, ebenfalls ein unbeugsamer Oppositioneller, über viele Jahre, in den „Umweltblättern“ über den Westen: „In einer riesigen Propagandaschlacht konnte er seine antikommunistische Ideologie stärken, den Sozialismus als menschenfeindlich darstellen und das eigene kapitalistische System als Hort der Menschenrechte präsentieren.“¹⁴² Und über die mehr oder weniger unfreiwillig Ausgereisten wie Stephan Krawczyk hieß es: „Warum haben sie nicht die Gelegenheit ergriffen, sich für politische Häftlinge in der BRD einzusetzen, die jahrelang in Isolierhaft sitzen, der Kontaktsperre zu Verwandten und Anwälten unterliegen, zu dreimal lebenslänglich verurteilt wurden (wie Peter-Jürgen Boock), ohne daß ihm eine Straftat nachgewiesen werden konnte?“¹⁴³ Genug der Beispiele. Aus den vorliegenden Materialien über diese oppositionellen Gruppierungen

139 Wolfgang Rüdtenklau (Anm. 20), S. 13.

140 Vgl. ebd. passim.

141 Vera Wollenberger, *Virus der Heuchler. Innenansicht aus Stasi-Akten*, Berlin 1992, S. 72.

142 Zitiert nach Wolfgang Rüdtenklau (Anm. 20), S. 229.

143 Zitiert nach ebd. S. 230.

in der DDR ließen sich solche und ähnliche Zitate noch öfter aufspießen. Sie legen den Schluß nahe, daß ein beträchtlicher Teil der Bürgerbewegung nicht zu den entschiedenen Verfechtern des demokratischen Verfassungsstaates gehörte – ohne damit ihre Zivilcourage auch nur im mindesten in Zweifel ziehen zu wollen. Mehr noch: Der demokratische Verfassungsstaat spielte im Denken mancher oppositioneller Gruppen eigentlich überhaupt keine Rolle, jedenfalls gilt das für die öffentlichen Verlautbarungen.

Die Parallele zu den Widerstandskämpfern im Dritten Reich ist in diesem Punkt offensichtlich. Es gibt eine weitere: Bis zu einem realistischen Bild über die damaligen Widerstandskämpfer verging viel Zeit. Für eine wissenschaftliche Analyse der Oppositionsbewegung in der DDR erscheint es unerlässlich, daß möglichst frühzeitig eine historisierende Vorgehensweise Platz greift. Manche Oppositionelle in der zweiten deutschen Diktatur waren Repräsentanten von Gruppierungen, die nicht dem demokratischen Lager zuzurechnen sind¹⁴⁴ – auch bei weiter Auslegung des Begriffs. Längst nicht jede Position, die sich mutig gegen die herrschende Politik in der DDR wandte, ist mit den Grundprinzipien des demokratischen Verfassungsstaates in Einklang zu bringen. Man denke etwa an die „Vereinigte Linke“¹⁴⁵, eine marxistisch geprägte Bürgerbewegung. Sie ist ein Beispiel für eine im Kern (links-)extremistische Opposition gegen ein (links-)totalitäres System.

Das SED-Regime hatte nicht nur für „Oppositionsprophylaxe“¹⁴⁶ gesorgt (z. B. durch gute Bezahlung der „Kulturschaffenden“ oder durch Unterdrückung Andersdenkender), sondern zugleich unweigerlich auch Opposition produziert. Repression schwächte bei den einen das Aufbegehren, stellte bei den anderen hingegen einen mobilisierenden Faktor dar.

Die Gerechtigkeit gebietet den Hinweis, daß im Vergleich zur Ära Walter Ulbrichts (1949–1971) die oppositionellen Strömungen unter Erich Honecker (1971–1989) einen größeren Wirkungsradius hatten. Erst eine gewisse Liberalität schuf überhaupt den Freiraum für unterschiedliche Gruppen, die sich dem Anspruch der SED auf Einfügung in den doktrinär verstandenen „realen Sozialismus“ widersetzen. Dieser Gesichtspunkt ist bei der Beurteilung der revolutionären Umbrüche des Jahres 1989/1990 vielfach zu kurz gekommen. Die nachträgliche Behauptung, die SED-Führung habe in den letzten Jahren den Kredit verspielt, „den sie sich in den siebziger und frühen achtziger Jahren

144 Vgl. z. B. ebd. (S. 370–381) das kommentierte Namensverzeichnis (S. 370–381).

145 Vgl. dazu den folgenden Sammelband, in dem die Position der „Vereinigten Linken“ dominiert: Thomas Klein/Vera Vordenbäumen/Carsten Wiegrefe/Udo Wolf (Hrsg.): Keine Opposition. Nirgends? Linke in Deutschland nach dem Sturz des Realsozialismus, Berlin 1991. Siehe auch – zurückhaltender – Jan Wielgohs (Anm. 16).

146 So Wolfgang Bergsdorf, Deutschland im Streß. Politische und gesellschaftliche Herausforderungen nach der Wende, München/Landsberg am Lech 1993, S. 33.

mühsam erworben hatte¹⁴⁷, ist insofern nicht stimmig, als das Legitimationsdefizit früher ebenso bestand. Die DDR-Führung befließigte sich gar an einer Umformulierung der „friedlichen Koexistenz“ und propagierte eifrig das „neue Denken“, wonach im Atomzeitalter das Miteinander unterschiedlicher Gesellschaftssysteme unvermeidlich sei.¹⁴⁸ Selbst die Friedens- und Reformfähigkeit des zuvor perhorreszierten Kapitalismus wurde eingeräumt. Das gemeinsame Papier von SPD und SED¹⁴⁹, das viel Staub aufgewirbelt hat, mag dafür ein Beleg sein.

Steht das von der SED angeleitete – systematische – Überwachungssystem nicht der These von mehr Freiraum entgegen? Manches spricht für die folgende Paradoxie: Die Zunahme der hauptamtlichen und Inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes ist nicht unbedingt ein Indikator für mehr Repression, sondern wohl eher ein Indiz größerer (nicht großer) Freiheit. Die SED konnte es sich nicht mehr im gleichen Ausmaß wie früher leisten, gegen alle Andersdenkenden offen vorzugehen, mußte politische Abweichungen nach außen hin stärker dulden (und nach innen hin umso besser in Schach halten).

Wenn früher tektonische Erschütterungen ausblieben, so lag das im wesentlichen an den anderen äußeren Rahmenbedingungen. Noch vor dem Ausbruch der revolutionären Unruhen – im Jahre 1989 – erschien im Westen Rolf Henrichs „Vormundschaftlicher Staat“¹⁵⁰, ein von einem früheren Funktionär der SED verfaßtes Werk, das in der Tradition von Bahro steht und grundlegende Reformen einforderte. Im Gegensatz zu Bahro wurde Henrich, später einer der Protagonisten der Bürgerbewegung des „Neuen Forum“, nicht verhaftet. Auch den Autoren eines hektographierten Bandes¹⁵¹, die sich sehr kritisch zum eigenen Staat anlässlich seiner vierzigjährigen Geschichte stellten (Bärbel Bohley gehörte zu ihnen), passierte nichts.

Freilich hat es in der DDR Protest nicht bloß von links(außen) gegeben, sondern ebenfalls von rechts(außen). Der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern wurde keineswegs nur aus den Altbundesländern importiert,

147 Gert-Joachim Glaebner: Vom „realen Sozialismus“ zur Selbstbestimmung. Ursachen und Konsequenzen der Systemkrise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 1–2/90, S. 5.

148 Vgl. Autorenkollektiv unter Leitung von Max Schmidt: Sicherheit und friedliche Koexistenz. Umfassende internationale Sicherheit – Umsetzung friedlicher Koexistenzbedingungen heute, Ost-Berlin 1989; Uwe Ziegler, Die neue Sicht der DDR zur „Systemauseinandersetzung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 34/89, S. 28–38.

149 Siehe Kultur des Streits, Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED. Stellungnahmen und Dokumente, Köln 1988.

150 Vgl. Rolf Henrich, Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Reinbek bei Hamburg 1989.

151 Vgl. Bärbel Bohley u. a., ... und die Bürger melden sich zu Wort, Frankfurt a.M./München 1989.

war vielmehr auch schon zu Zeiten der DDR existent¹⁵² und geriet folgerichtig ins Fadenkreuz des MfS.¹⁵³ Allerdings tritt aus den Akten der Staatssicherheit nicht urplötzlich und mit aller Wucht die bisher verborgengehaltene Geschichte eines gut organisierten und ideologisch gefestigten Rechtsextremismus in der DDR hervor. Die rechtsextreme oppositionelle Szene war in der SED-Diktatur stets eine kleine Minderheit. Während die Kirchen den linken oppositionellen Gruppen einen Freiraum boten, waren es Anfang der achtziger Jahre auf der anderen Seite des politischen Spektrums „die Fußballstadien, wo man am Wochenende unter dem Schutz der Masse seinen Frust ausagieren und ungestraft Parolen brüllen konnte, die einen überall sonst in der DDR für einige Jahre ins Gefängnis gebracht hätten.“¹⁵⁴

Besonderes Aufsehen erregte der Rechtsextremismus in der DDR, als 1987 jugendliche Skinheads ein Punk-Konzert in der Zionskirche sprengten.¹⁵⁵ „Der Zwischenfall in der Zionskirche rüttelte [...] die MfS-Generalität wach.“¹⁵⁶ Die Staatssicherheit führte Operative Personenkontrollen durch und legte bei Verdachtsmomenten Operative Vorgänge an. Die Motive (u. a. Rassismus, Nationalismus) der Rechtsextremisten in der DDR waren identisch – trotz anderer sozial-ökonomischer Bedingungen – mit jenen im wiedervereinten Deutschland.¹⁵⁷ Auch diese Gruppen stehen mit den Grundprinzipien des demokratischen Verfassungsstaates nicht im Einklang. Sie sind ein Beispiel für eine im Kern (rechts-)extremistische Opposition gegen ein (links-)totalitäres System.

Allerdings darf man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Gerade in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre haben die einst noch stark sozialistischen Akzente bei großen Teilen oppositioneller Kräfte nachgelassen, zumal im Bereich der Kirche – aber nicht nur hier. Die intensiven Kontakte zu osteuropäischen Dissidenten, die ein sozialistisches Modell mehr oder weniger verabschiedet hatten, sind dafür eine Ursache.¹⁵⁸

9. *Abschlußthesen*

1. In der DDR des „real existierenden Sozialismus“ hatten oppositionelle Aktivitäten – wie Protest, Systemkritik, Dissens oder auch bloße Ablehnung

152 Vgl. z. B. Bernd Siegler, *Auferstanden aus Ruinen ... Rechtsextremismus in der DDR*, Berlin 1991. Siehe auch Armin Pfahl-Traughber: *Rechtsextreme Tendenzen in der ehemaligen DDR*, in: *liberal* 33 (1991) 1, S. 71–79

153 Vgl. dazu Walter Süß, *Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS*, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 388–406.

154 Ebd. S. 392.

155 Vgl. dazu Frank Schumann, *Glatzen am Alex. Rechtsextremismus in der DDR*, Berlin 1990, S. 47–53. 156 Ebd.

157 Vgl. Walter Süß (Anm. 154), S. 402.

158 Dies ist die Position von Gerd Poppe, die er im Gespräch mit dem Verfasser geäußert hat.

der Regierung – einen anderen Stellenwert als in einer parlamentarischen Demokratie des bundesdeutschen Musters. Zeichnet sich ein demokratischer Verfassungsstaat durch die Legalität und die Legitimität parlamentarischer wie außerparlamentarischer Opposition aus, so hat es in den ersten vierzig Jahren der DDR im kommunistischen System eine anerkannte Opposition nicht gegeben. Die dortige Führung duldete kein politisches Gegengewicht; schon geringfügige Abweichungen vom Kurs galten als Häresie, als ideologische Diversion. „In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition keine objektive soziale und politische Grundlage, denn die Arbeiterklasse – im Bündnis mit allen Werktätigen – ist die machtausübende Klasse und zugleich Hauptproduktivkraft der Gesellschaft. Ihre Grundinteressen stimmen mit denen der anderen Klassen und Schichten prinzipiell überein“¹⁵⁹, hieß es im *Kleinen Politischen Wörterbuch*. Gleichwohl hat es in den ersten vierzig Jahren unterschiedliche, in der Regel freilich keinesfalls systemgefährdende Formen von Dissens gegeben, die längst nicht immer – nur weil sie gegen eine Diktatur aufbegehrten – per se dem demokratischen Lager zuzurechnen waren. Den Mut der oppositionellen Gruppierungen in der DDR schmälert diese Einschätzung allerdings nicht.

2. Die Geschichte der DDR ist die Geschichte beständiger Repression, zugleich aber auch die Geschichte permanenter Opposition. Staaten mit repressiven Strukturen produzieren höchst unterschiedliche Verhaltensweisen ihrer Bürger – vom engagierten Mitkämpfer über den Mitläufer bis zum Oppositionellen verschiedenster Observanz. Die Akten nicht nur der Staatssicherheit legen einerseits Zeugnis von deprimierendem Opportunismus ab, andererseits aber auch von beachtlicher Standhaftigkeit wie Gradlinigkeit und hoher Intensität der Bespitzelung. Die DDR konnte sich auf begrenzten Pluralismus zielende Reformen nicht leisten, weil diese dem Realsozialismus das ihm eigene Fundament entzogen hätten. Er brauchte tiefgreifende Reformen, um überlebensfähig zu bleiben; wirksame Reformen aber mußten systemsprengende Konsequenzen haben. Das war sein unentrinnbares Dilemma. Insofern muß die Haltung der SED als konsequent gelten, allen wie immer gearteten oppositionellen Bestrebungen entschlossen den Kampf anzusagen.

3. Was Kontinuität und Wandel betrifft, so nahm im Vergleich zur Ulbricht-Zeit in den siebziger und vor allen in den achtziger Jahren bei manchen Schwankungen im Sanktionsvollzug der Spielraum für politisch Andersdenkende zu. Die Bewegungsfreiheit der „Kirche im Sozialismus“ wurde größer, so daß sich unter ihrem Dach allmählich auch Kräfte Gehör verschaffen konnten, die auf Distanz zur SED (und zu den Blockparteien) gingen. Besonders bei den evangelischen Kirchen meldeten sich Kräfte zu Wort, die auf einen größeren Bewegungsspielraum drangen.

159 Kleines Politisches Wörterbuch, Neuausgabe, 7. Aufl., Berlin 1988, S. 707.

4. Die Artikulationsformen oppositioneller Kräfte in der DDR waren weitgehend durch den repressiven Rahmen vorgegeben. Die Möglichkeit eines Zusammenschlusses auf gesetzlicher Grundlage existierte für „feindlich-negative Kräfte“ bekanntlich nicht. Ursprünglich hatten sich die Gegner der Kommunisten in den anderen Parteien versammelt (SPD, CDU, LDP). Doch vollzog sich die Gleichschaltung binnen weniger Jahre. Eine spontan und weitgehend unorganisierte Volkserhebung wie der 17. Juni 1953 blieb eine Ausnahme. Fortan stellte die Kirche, insbesondere die evangelische, einen gewissen Freiraum für Kritiker an staatlichen Entscheidungen dar. Die Zahl der Nein-Stimmen bei Wahlen lag immer unter einem Anteil von einem Prozent. Hingegen machte die Bevölkerung bis zum 13. August von der „Abstimmung mit den Füßen“ Gebrauch. Die Zahl derjenigen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, soll nahe bei einer Million gelegen haben. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre bildeten sich vereinzelt Friedens-, Ökologie- und Bürgerrechtsgruppen. Sie nahmen damit Anleihen bei unkonventionellen Formen der Partizipation, wie sie in den sechziger Jahren im Westen aufgekommen waren. Demonstrationen fanden im größeren Rahmen erst statt, als Opposition nicht mehr so riskant erschien wie ehemals.

5. Auch die Zielsetzungen oppositioneller Kräfte wurden stark durch die Repressionsgewalt des Staates bestimmt. Nur in der End- und Anfangsphase der DDR gab es oppositionelle Bestrebungen, die die DDR zur Disposition stellen wollten. Ansonsten überwog auch bei Oppositionellen eine – wie auch immer zu verstehende – sozialistische Ausrichtung, sei es aus prinzipiellen Erwägungen (weil man an einer Verbesserung des „Sozialismus“ interessiert war), sei es aus taktischem Kalkül (weil man der Obrigkeit möglichst wenig Angriffsfläche bieten wollte). Die verbreitete Berufung auf den „Sozialismus“¹⁶⁰ (und die Ablehnung der SED-Politik) verdeckte mannigfache Unterschiede, die dann aufbrachen, als sich ein pluralistisches System herauszubilden begann. Im Grunde schlossen die oppositionellen Bestrebungen sogar links- und rechtsextreme Einstellungsmuster ein. Bei den Übersiedlern vor und nach 1961 spielte die Berufung auf sozialistische Maximen so gut wie keine Rolle.

6. Oppositionelle Bestrebungen in der DDR unterschieden sich teilweise deutlich von denen in anderen osteuropäischen Ländern. Zum einen waren sie weitaus weniger machtvoll als in Polen oder der Tschechoslowakei. Zum anderen überwog die reformsozialistische Komponente – nicht die Orientierung an einer „zivilen Gesellschaft“ –, bedingt auch dadurch, daß die 68er-Bewegung in der Bundesrepublik von DDR-Oppositionellen positiv

160 Selbst die Unterzeichner des Aufrufs „Für unser Land“ vom November 1989 – nach dem Fall der Mauer – ließen verlauten „Noch haben wir eine Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln.“ Der Text des Aufrufes, den Bürgerbewegte wie Ulrike Poppe, Friedrich Schorlemmer und Konrad Weiß unterzeichnet haben, findet sich bei Charles Schüddekopf (Anm. 15), S. 240 f.

rezipiert wurde.¹⁶¹ Es ist eine Paradoxie: Die Antikommunisten blieben in den fünfziger Jahren erfolglos und festigten wider Willen „das System“, während die auf Erneuerung der DDR zielenden Gruppen sich – wenn auch wider Willen – als Wegbereiter des vereinten Deutschlands erwiesen. Aber das ist ein anderes Thema der an Paradoxien so reichen Geschichte der systemimmanenten wie der systemtranszendenten Oppositionellen in der DDR.

161 Vgl. zutreffend Jan Faktor, Intellektuelle Opposition und alternative Kultur in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 10/94, S. 30–37; siehe auch ders., Vom Irrtum umklammert. Die Sonderrolle kritischer Intellektueller im Ostblock, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. September 1993.